Donnerstag, 22. September 1932
Nr. 215. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Der Massenwiderstand beginnt

Streiks und Kampfbeschlüsse gegen Notverordnungs-Lohnraub im ganzen Reich

Die Geduld des deutschen Proletariats ist zu Ende. Die ersten Versuche in der Praxis, den neuen Lohnraub auf Grund der Papenverordnung durchzuführen, stoßen fast überall auf einen leidenschaftlichen Widerstand der Arbeiter. Wenn die bisherige Unterstützungs- und Lohnräuberei die Verzweiflung, den Haß und die Empörung der Arbeitermassen immer höher anschwellen ließ, so bringt der neueste Notverordnungs-Lohnraub die Dinge zum Platzen.

Bis hierher und nicht weiter! Keinen Pfennig Lohnabbau, andernfalls Streik!

Das ist zur Massenstimmung geworden. Ueberall kann man bei den Arbeitern hören: „Stillschweigendes Hinnehmen dieses neuen Lohnraubs von 10 bis 50 Prozent würde einfach bedeuten, sich mit dem freiwilligen Verhungern einverstanden zu erklären." „Schlimmer könnte es nicht kommen, selbst wenn wir den Streik verlieren."

So traten jetzt schon zahlreiche Belegschaften in den Streik. Mit dieser Einstellung werden in diesen Tagen in hunderten und tausenden von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Kampfbeschlüsse gefaßt.

In Langenbielau, dem alten Zentrum des schlesischen Weberelends, sind die Arbeiter der größten Textilfabrik von Meyer-Kaufmann nach zweitägiger passiver Resistenz geschlossen in den Streik getreten. Die Verbandsleitung hat sich nach anfänglichem Sträuben dem Massendruck fügen und den Streik, der sich gegen 10 Prozent Notverordnungs-Lohnabbau richtet, sanktionieren müssen.

In Berlin ist die 500 Mann starke Belegschaft der Niles-Werke gegen einen Lohnabbau von 20 Prozent in den Streik getreten.

Bei der Firma Stock, Berlin-Marienfelde, zwang ein geschlossen durchgeführter Streik die Betriebsleitung zum schnellen Rückzug. Sie verzichtete auf ihren angekündigten Lohnabbau.

In Hamburg ist die Belegschaft des Fischereibetriebes Tollgreve in den Streik getreten.

Die Gewerkschaftsführer sehen sich in steigendem Maße gezwungen, dem Massenwillen zum Kampf Rechnung zu tragen. Unter der Ueberschrift: „Lohnkürzung bedeutet Kampf" muß der „Vorwärts" von einer Buchdrucker-Betriebsversammlung in Berlin u. a. berichten, daß selbst Spliedt vom ADGB-Vorstand dort erklärte:

„daß sich die Gewerkschaften, wenn die Unternehmer von den Möglichkeiten der Senkung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung Gebrauch machen sollten, an die Friedens- und Durchführungspflicht nicht mehr gebunden fühlen."

Und der Bevollmächtigte Braun sah sich veranlaßt, zu erklären:

„Die Buchdrucker werden dem Kampf um die Tariflöhne nicht ausweichen. Die Unternehmer sollen nicht glauben, die graphische Arbeiterschaft sei durch Arbeitslosigkeit, Not und Meinungsverschiedenheiten so geschwächt, daß sie keinen Widerstand mehr leisten könne. Die Buchdrucker werden von der langersehnten Kampffreiheit in jedem Falle Gebrauch machen; es wird ihnen die moralische, organisatorische und finanzielle Hilfe bestimmt und sicher zuteil werden."

Wir wissen daß das auch scheinradikale Worte sein können. Auf jeden Fall aber beweist es, unter welchem Massendruck die Gewerkschaftsführer jetzt schon stehen. In unzähligen Gewerkschaftsversammlungen und Ortsausschußsitzungen werden ähnliche Reden gehalten und Beschlüsse gefaßt. Es geht ohne Frage eine Welle neuen großen Kampfwillens durch die Arbeitermassen.

Doch es gilt, den Willen, die Worte und Beschlüsse überall in die Tat umzusetzen. Kein Ausweichen, kein Zurück mehr. Die ersten Anfangskämpfe müssen sich auswachsen zu Massenaktionen, zu einem großen

Massensturm gegen Lohnraub-Diktatur

Die Arbeiter wollen den Kampf!

Zwickau i. Sa.

Die letzte Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes nahm nach einem Vortrag des Genossen Max Leistner folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 9. September 1932 tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Zwickau, nimmt mit Empörung Kenntnis von den Maßnahmen der Papen-Regierung. Sie protestiert auf das heftigste gegen die Lohnabbauverordnung, die Zerschlagung der Tarife und der Sozialpolitik.

Die neue Notverordnung der Regierung Papen vom 4. September 1932 stellt in ihrer Wirkung gegen die gesamte Arbeiterklasse alle früheren Notverordnungen in den Schatten. Das in jahrzehntelangen Kämpfen errungene Tarif- und Arbeitsrecht wird aufgehoben. Die Löhne werden in unerhörtestem Maße herabgedrückt.

Sie sieht in den Verordnungen der Regierung keinen Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit, vielmehr eine unerhörte Senkung der Lebenshaltung breitester Massen der werktätigen Bevölkerung.

Will die Arbeiterklasse ihrer grenzenlosen Verelendung entrinnen, dann bleibt ihr nur die Anwendung aller außerparlamentarischen Kampfmittel übrig.

Aus diesem Grunde fordert die Versammlung alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten auf, sich für den vollen Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel, bis zur Beseitigung aller Notverordnungen, einzusetzen.

Da der Wille der Arbeiterschaft zur gemeinsamen Abwehr vorhanden ist, fordern wir die sofortige Einberufung einheitlicher Protestversammlungen durch den Ortsausschuß Zwickau des ADGB.

Die Plenarversammlung des Ortsausschusses Zwickau fordern wir auf, dieser Entschließung einmütig beizutreten."

Mit derselben Einmütigkeit stimmte der Ortsausschuß des ADGB dieser Entschließung zu. Die tiefe Verbitterung und Erregung der Arbeiterschaft trat deutlich in der Aussprache hervor, so daß selbst der verflossene Reichstagsabgeordnete Graupe, der kleine und unwürdige Nachfolger unseres unvergeßlichen Paul Levi, zustimmen mußte.

Mandschurei

Der imperialistische Brandherd

In diesen Tagen wurde von dem General Nobuyoschi Muto, dem Sondergesandten Japans, in der neuen mandschurischen Hauptstadt Tschangtschun feierlichst das Protokoll überreicht, in dem das japanische Reich die Anerkennung des Staates Mandschukuo — der neue Name für die Mandschurei — ausspricht. Das wird in der ganzen Welt von niemand anders gedeutet, als daß Japan unter dem Deckmantel eines neuen „unabhängigen" Staates die Mandschurei von China losreißt und sich als neue Provinz einverleibt.

Mit diesem Schritt hat eine lange Aktion des japanischen Imperialismus einen vorläufigen Abschluß gefunden, die in ihren Auswirkungen zu einem imperialistischen Brandherd erster Klasse werden muß. Japan hat hier den ersten Schritt zu der seit Jahrzehnten geplanten imperialistischen Aufteilung Chinas unternommen. Und so relativ ruhig dieser Akt sich vollzogen hat, so besteht doch kein Zweifel, daß damit die imperialistischen Gegensätze aller Großmächte der Welt aufgerissen worden sind und daß die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges mit dem Hintergrund eines Krieges der imperialistischen Hauptmächte gegen die Sowjet-Union in bedrohliche Nähe gerückt ist.

Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß Japan mit seinem überraschenden Einmarsch in der Mandschurei, mit der Besetzung Mukdens, seinen planmäßigen Feldzug zur Okkupierung der Mandschurei begonnen hat. Damals erklärte Japan, daß es sich nur um eine Maßnahme gegen das „Banditentum" in der Mandschurei handle und daß es, sobald die „Ruhe" wieder hergestellt wäre, seine Truppen wieder zurückziehen würde. Die übrigen imperialistischen Mächte waren zwar von dem Einmarsch beunruhigt, aber sie haben zunächst doch angenommen, daß Japan es nicht wagen würde, gegen die auch von ihm selbst feierlichst anerkannten Verträge, den sogenannten Siebenmächtepakt von 1922, worin die Unantastbarkeit des chinesischen Reiches garantiert ist, die Mandschurei endgültig besetzt zu halten oder gar zu annektieren.

Der japanische Imperialismus jedoch nützte die für ihn selten günstige Situation mit beispielloser Rücksichtslosigkeit aus. Sein Vorstoß begann in dem Augenblick, als das englische Imperium durch die Aufhebung des Goldstandards der Bank von England in allen Fugen krachte, der englische wie auch der amerikanische Kapitalismus von einer Wirtschaftskrise allergrößten Ausmaßes geschüttelt und für imperialistische Kriegsaktionen gelähmt waren. Gleichzeitig konnte Japan die scharfen, an allen Ecken der Welt zutage tretenden Gegensätze zwischen England und Amerika (Kampf um die Vorherrschaft in der Seerüstung) ausnützen. Günstig für Japan war und ist ferner die Tatsache, daß es in Frankreich einen offenen und sehr starken Verbündeten hat.

Frankreich unterstützt Japan deshalb, weil es selbst ein weiteres großes Stück von dem heutigen China loszureißen trachtet. Es besitzt bekanntlich in Indo-China schon eine große Kolonie und versucht durch Angliederung südöstlicher Gebiete Chinas sein dortiges Kolonialreich und damit seine militärisch-wirtschaftliche Position in Ostasien zu vergrößern. Es hat in der Mandschurei selbst wenig wirtschaftliche Interessen. So unterstützt es schon aus diesem Grunde Japan, um von ihm bei der Durchführung seiner Pläne in China unterstützt zu werden. Hinzu kommt, daß Frankreich als Bundesgenosse von Polen ein großes Interesse an der militärischen Be-

Auch Landtagsauflösung?

Zwischen der kommissarischen Regierung für Preußen und der Mehrheit des Preußischen Landtages ist ein neuer Konflikt ausgebrochen. Richtiger gesagt: es ist ein bereits alter Konflikt, der aber in den letzten Tagen erst politische Bedeutung gewonnen hat. Eine Landtagsmehrheit, die aus Nationalsozialisten und Kommunisten bestand, faßte bereits am 31. August einen Beschluß, der den Staatsbeamten und Staatsangestellten das Recht zubilligte, die Anordnungen der kommissarischen Regierung unbeachtet zu lassen.

Drei Wochen waren ins Land gegangen, ohne daß sich aus diesem „revolutionären" Beschluß irgendwelche gefährlichen Folgen ergeben hätten. Jetzt plötzlich besinnt sich Herr Papen, der bekanntlich nicht nur Reichskanzler, sondern auch kommissarischer Verwalter des Landes Preußen ist, darauf, daß dieser Beschluß „der schärfste Schlag" sei, „der der Staatsautorität je von einem Parlament zugefügt wurde". Von einer Seite, die Herrn Papen sehr nahesteht, wird erklärt, „wenn der Landtag in die ausführenden Organe des Staates, in die Behörden, mit Beschlüssen eindringe, die den notwendigen reibungslosen Verlauf der Staatsverwaltung gefährdeten, dann habe er geradezu jede Daseinsberechtigung verwirkt. Der Reichskommissar, der bereits dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag über diese Dinge gehalten hat, fasse den Beschluß des Landtages gegen die Gehorsamspflicht der Staatsbeamten und -Angestellten ganz außergewöhnlich ernst auf."

Schon die Tatsache, daß man sich erst nach 3 Wochen auf den „ganz außergewöhnlichen Ernst" dieses praktisch bedeutungslosen Landtagsbeschlusses besinnt, beweist, daß es sich hier um einen Vorwand für andere Absichten handelt. Diese Absichten bestehen einmal darin, daß die kommissarische Regierung unter Hinweis auf diesen Landtagsbeschluß es erneut ablehnt, an den Arbeiten des Landtages irgendwie teilzunehmen. Darüber hinaus ist aber wieder die Rede von einer möglicherweise unmittelbar bevorstehenden Landtagsauflösung.

Diese Landtagsauflösung wäre verfassungsmäßig nicht ganz leicht zu bewerkstelligen, da sie nur durch einen Beschluß entweder des Landtages oder des sogenannten Drei-Männer-Kollegiums (preußischer Ministerpräsident, Landtagspräsident, Staatsratspräsident) zustande kommen könnte. Weder an der einen noch an der anderen Stelle wird eine Mehrheit für Landtagsauflösung zu finden sein. Verfassungsmäßig könnte also eine Landtagsauflösung nicht zustande kommen. Daß sie darum tatsächlich unterbleibt, wird niemand mit Sicherheit zu behaupten wagen.

Auch preußische Gemeindewahlen am 6. November?

VDZ. Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages hat am Montag einen nationalsozialistischen Antrag mit den Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten angenommen, wonach die Vertretungen der preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände am 6. November, also zusammen mit den Reichstagswahlen, neu gewählt werden sollen. Wahlberechtigt sollen alle 20 Jahre alten Gemeindeangehörigen, die ab 1. November in der Gemeinde wohnen, sein. Der Antrag wird am Mittwoch das Landtagsplenum beschäftigen und voraussichtlich auch dort angenommen werden. Es bleibt abzuwarten, ob der Staatsrat Einspruch gegen den Beschluß einlegt. In diesem Falle würde der Beschluß durch eine Zweidrittelmehrheit des Landtages bestätigt werden müssen. Auch dann ist die Durchführung des Beschlusses noch fraglich, da die kommissarische preußische Regierung die Auffassung vertritt, daß sie an keinen Landtagsbeschluß gebunden ist.

Vorläufig bleibt's beim 6. November

Berlin. Der Reichspräsident hat den 6. November zum Wahltag bestimmt.

unruhigung und wirtschaftlichen Schädigung der Sowjet-Union im Fernen Osten hat.

Amerika ist die imperialistische Macht, deren Interessen durch das Vorgehen Japans am tiefsten bedroht werden. Einmal ist die USA der alte Gegner Japans im Kampfe um die Beherrschung des Pacific. Eine Stärkung der militärischen Position Japans in Ostasien, eine Vergrößerung seiner ökonomischen Basis bedeutet allein schon eine Gefährdung der amerikanischen imperialistischen Interessen in den Ländern des Stillen Ozeans.

Aber auch in China selbst stehen sich die Interessen der USA und die Japans schroff gegenüber. Amerika ist seit Jahren bestrebt China als großen Absatzgebiet für sich auszubauen. Es kann mit seiner riesigen Industrie und Kapitalmacht dieses Ziel am besten durch eine „friedliche" Politik in China erreichen. In der Rolle als „Freund" Chinas hat die USA die größte Aussicht, durch Gewährung von Anleihen, Krediten usw. den chinesischen Markt zum großen Teil für sich zu erobern und gleichzeitig die chinesische Regierung vollkommen in die Hand zu bekommen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat Amerika kein Interesse an der Aufteilung Chinas und muß daher in dem Vorgehen Japans in der Mandschurei eine Bedrohung und Störung seiner ganzen Pläne und Interessen sehen. Da für den amerikanischen Kapitalismus mit seinem riesigen Produktionsapparat der Ausbau Chinas und ganz Asiens zum neuen großen Absatzgebiet zu einer Lebensfrage geworden ist, so kann hier Amerika nicht dauernd vor Japan zurückweichen. Es geht hier um seine Lebensinteressen, und es muß daher über kurz oder lang zum unausweichlichen Konflikt kommen.

Amerika wäre zweifellos schon bisher aggressiver gegen Japan vorgegangen, aber es ist daran gehindert vor allem durch England und im Hintergrund durch Frankreich. Die Interessen Englands bei dem jetzigen Konflikt sind geteilt. Es ist einerseits ebenfalls gegen das Vorgehen von Japan, aber es ist in seinen Interessen, als älteste imperialistische Handelsmacht in China, aufs Schwerste durch die „friedliche" Konkurrenz der USA bedroht. Daher seine etwas eigenartige Neutralität. Amerika macht die größten Anstrengungen, um England zu einem gemeinsamen Vorgehen in China gegen Japan zu bewegen. Ohne die Zustimmung und Mitbeteiligung Englands, ja mit der Gefahr, daß England sogar als Gegner im Rücken auftritt, kann selbst das starke Amerika gegen Japan nichts unternehmen.

Diese Schwierigkeiten und Gegensätze kennt selbstverständlich der japanische Imperialismus, und deshalb pfeift er auf alle papiernen Proteste nicht nur Chinas, sondern auch Amerikas. China, das doch unmittelbar betroffen ist, hat sich sofort an den Völkerbund gewandt, dessen Mitglied sowohl China als auch Japan ist. Der Völkerbund hat aber nicht gewagt, offen gegen Japan Stellung zu nehmen, sondern man ist auf den üblichen Ausweg verfallen und hat eine Völkerbundskommission zum „Studium" der Verhältnisse nach der Mandschurei geschickt. Die Japaner haben diese Kommission nie anerkannt, ja sie sogar am Betreten großer Teile der Mandschurei verhindert. Die Kommission hat längst China wieder verlassen, aber ihr Bericht wird immer noch nicht veröffentlicht. Das soll erst auf der nächsten Völkerbundssitzung geschehen. Herauskommen wird selbstverständlich ein neues faules Kompromiß mit einem weiteren Zurückweichen vor Japan.

Japan erklärt dem gegenüber heute schon kategorisch, daß es dem Völkerbund jedes Recht abspreche, über die chinesische und mandschurische Frage auch nur zu verhandeln; es verlangt die bedingungslose Anerkennung der nun einmal geschaffenen Lage, andernfalls will Japan aus dem Völkerbund überhaupt austreten. Ja, der japanische Imperialismus ist in diesen Tagen noch weiter gegangen; Japan verlangt jetzt von den einzelnen imperialistischen Mächten die ausdrückliche und möglichst rasche Anerkennung des Mandschukuo-Staates. Nur für die Staaten, die ihre Anerkennung aussprechen, könnte die Politik der „offenen Tür" in dem neuen Staat angewandt werden, das heißt, nur sie würden zum freien Handel zugelassen. Allen anderen würden die Grenzen und Häfen der Mandschurei gesperrt. Das ist ein ganz offener Vorstoß vor allem gegen die USA, die den Mandschukuo-Staat unter keinen Umständen anerkennen will.

Die Sowjet-Union ist nächst China territorial von dem japanischen Vorstoß in der Mandschurei unmittelbar betroffen. Japan kämpft hier nicht nur für seine unmittelbaren Interessen, wenn es das ganze ostsibirische Gebiet von der Sowjet-Union losreißen will, sondern es tritt hier auch gleichzeitig als der Vorkämpfer des ganzen Weltimperialismus gegen den ersten roten Arbeiterstaat auf. Das ist ein weiterer Faktor, der die übrigen imperialistischen Mächte veranlaßt, teils offen Japan zu unterstützen, teils aber — wenn auch mit gemischten Gefühlen — „Neutralität" zu üben.

Alles das aber beweist nur, daß in der Mandschurei gegenwärtig alle großen Weltgegensätze aufeinanderprallen und daß hier ein Funken genügt, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen.

Polizei gegen Arbeiter

Philippopel, 20. September.

Infolge eines Versuches der Tabakarbeiter, aus Protest gegen das Verbot kommunistischer Versammlungen, einen eintägigen Streik durchzuführen, kam es hier zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei. Diese gab mehrere Schreckschüsse ab, um die Menge zu zerstreuen. Dabei wurde der kommunistische Abgeordnete Kostoff leicht verletzt, als er von einer improvisierten Tribüne aus eine Rede zu halten versuchte. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Todesstrafen drohen!

Riesenprozeß gegen neun Berliner Kommunisten

Vor der Sondergerichtskammer des Landgerichtsdirektors Tolk begann der größte aller bisher vor Berliner Sondergerichten verhandelten Prozesse. Neun Kommunisten sind wegen Totschlags und schweren Landfriedensbruchs angeklagt, also wegen Delikten, für die die Notverordnung Todesstrafe androht.

Der Hauptangeklagte ist ein 28 Jahre alter Kaufmann Werner Calm, der keine Vorstrafen hat, niemals arbeitslos war, auch jetzt noch eine gute Stellung in Berlin bekleidet und anderthalb Jahren der Kommunistischen Partei angehört. Die übrigen Angeklagten sind zum allergrößten Teil unbescholtene Leute, nur zwei sind wegen geringfügiger Vergehen vorbestraft; nur einer ist ein Fürsorgezögling mit einem erheblichen Vorstrafenregister.

Dem Prozeß liegt

ein politischer Zusammenstoß in der Röntgenstraße in Charlottenburg

zugrunde. Dort sollen — nach der Anklage — die angeklagten Kommunisten ein Verkehrslokal der Nationalsozialisten gestürmt, einen Nationalsozialisten erschossen und zwei Nationalsozialisten angeschossen haben. Zwei nationalsozialistische Rechtsanwälte treten in dem Prozeß als Nebenkläger für die verletzten Nationalsozialisten auf.

Die Vernehmung des Hauptangeklagten Calm ergibt, daß die Darstellung der Anklage von der des Angeklagten in allen entscheidenden Punkten abweicht. Calm berichtet zunächst, daß er in einer Nebenstraße der Röntgenstraße und der Galvanistraße an dem fraglichen Abend eine Zellenversammlung abgehalten habe, in der eine Häuserschutzstaffel für die Röntgenstraße gegründet wurde. Er hielt in dieser Versammlung ein Referat und wollte sich nach Schluß zu einer anderen Straßenzelle begeben. Die Kommunisten haben gewußt, daß ihnen von seiten des nationalsozialistischen Sturmes in der Röntgenstraße Gefahr drohe, und er, Calm, habe deshalb Polizei zum Schutz für seine Genossen holen wollen. Als er mit einem Trupp von etwa 40 Kommunisten die Ecke Röntgenstraße erreicht hatte und gerade im Begriff war, sich von dem Trupp zu entfernen, habe die Spitze des kommunistischen Zuges in der Röntgenstraße selbst plötzlich Feuer bekommen, und zwar aus der Richtung des nationalsozialistischen Verkehrslokals. Daraufhin seien die Kommunisten zurückgegangen und hätten sich an die Polizei gewendet. Die Polizei habe das Lokal der Nationalsozialisten geschlossen, habe aber sofort auch den ganzen Trupp Kommunisten verhaftet, der sich ihnen freiwillig zur Verfügung gestellt hatte. Von den Nationalsozialisten, die in dem Verkehrslokal Röntgenstraße verkehrten, sei niemand verhaftet worden.

Calm bestreitet, daß irgendeiner seiner Leute und irgendein Teilnehmer an der Versammlung in der Galvanistraße eine Waffe bei sich gehabt habe.

Er selbst habe niemals eine Schußwaffe bei sich geführt.

Vors.: Man hat aber bei Ihrer Verhaftung zwei Patronen gefunden.

Angekl.: Die habe ich früher einmal einem Jugendlichen abgenommen.

Vors.: Und die tragen Sie mit sich herum?

Angekl.: Man hat sie in einem Karton bei einer Haussuchung in meiner Wohnung gefunden. Ich habe auch keine Schlag- und Stichwaffe mitgeführt.

Nach der Anklage werden die Angeklagten nun deshalb als unbedingt belastet hingestellt, weil ein Flugblatt bei ihnen gefunden wurde, in dem gegen das Lokal in der Röntgenstraße Drohungen ausgestoßen werden. Das Flugblatt kann aber auch so ausgelegt werden, daß auf ordnungsmäßigem Wege die Schließung dieses nationalsozialistischen Lokals durch polizeiliche Maßnahmen erreicht werden sollte.

Nach der Vernehmung des Hauptangeklagten Calm wurde zunächst der Angeklagte Zweig vernommen, der aussagt, daß er von dem Angeklagten Tubehn aufgefordert worden sei, zu der Versammlung in die Galvanistraße zu kommen.

Zweig bekundet, daß am Nachmittag des 29. August — am Abend erfolgte der Zusammenstoß, der den Gegenstand des Prozesses bildet — ein Bekannter von ihm, namens Schreiber, von den Nationalsozialisten in der Röntgenstraße überfallen worden sei. Calm habe daher in der Versammlung gewarnt und dazu aufgefordert, daß die Versammlungsmitglieder, die in der Röntgenstraße wohnten, von den anderen nach Hause geleitet würden. Als die Kommunisten in losen Gruppen in die Röntgenstraße einbogen, seien, nach der Aussage Zweigs, aus dem Hause Nummer 1, das dem Nazilokal schräg gegenüberliegt, drei Leute herausgekommen und auf den Straßendamm gegangen. Zwischen ihnen und den Nationalsozialisten sei es zu einer Schimpferei gekommen und plötzlich seien Schüsse gefallen. Er sei mit seinen Kameraden sofort zurück durch die Guerikestraße bis zur Galvanistraße gelaufen, dort hätten sie gewartet. Irgendwelche Leute hätten gerufen, sie könnten jetzt zurückkommen. Als sie sich in die Röntgenstraße hineingewagt hätten, sei das Ueberfallkommando schon dagewesen.

Der Angeklagte Chall, der dann vernommen wurde, erklärte, ähnlich wie Zweig, daß er in der Versammlung in der Galvanistraße fortgelaufen sei, als Schüsse fielen. Schreibers, des am Nachmittag Ueberfallenen, Freundin habe ihn plötzlich an der Hand gefaßt und in die Guerikestraße hineingezogen.

Vors.: Sie haben es früher so dargestellt, als ob Sie mit dem Vorfall überhaupt nichts zu tun hätten.

Angekl.: Ich habe das so gesagt, weil ich mit der Polizei nichts zu tun haben wollte. Ich war früher in Fürsorge.

Vors.: Sie hatten also Angst.

Angekl.: Jawohl.

Dieser Angeklagte bestätigt ebenfalls, daß Calm den Vorschlag gemacht hätte, die in der Röntgenstraße wohnenden Genossen nach Hause zu bringen; er wolle inzwischen die Polizei anrufen und Schutz fordern.

Der Angeklagte Stert sagt aus, daß er ziemlich an der Spitze der kommunistischen Gruppe gegangen und schon ziemlich weit in der Röntgenstraße gewesen sei, als die ersten Schüsse fielen.

Ein Nationalsozialist habe mitten auf dem Fahrdamm gestanden und aus einer Selbstladepistole geschossen.

Auch aus dem Hause Nummer 12, in dem sich das nationalsozialistische Verkehrslokal befindet, seien Schüsse gefallen. Das bewiesen die an dem gegenüberliegenden Hause, Röntgenstraße 3, noch jetzt sichtbaren Einschlagstellen. Er habe sich zunächst vor dem Hause Nummer 2 niedergeworfen, um nicht getroffen zu werden. Als der von ihm beschriebene Nationalsozialist seine Pistole leer geschossen hätte, sei er hinter die Litfaßsäule an der Straßenecke gerannt, um dort Deckung zu haben.

Die übrigen Angeklagten bekunden Aehnliches. Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Die bösen Kommunisten

Sie ärgern sogar die holländische Königin

WTB. **Haag**, 20. September.

In der herkömmlichen feierlichen Weise ist heute mittag die neue Sitzungsperiode des Parlaments von der Königin mit der Verlesung der Thronrede eröffnet worden.

Die Thronrede steht völlig unter dem Eindruck der Verschärfung der Wirtschaftsdepression und ist daher in sehr pessimistischem Tone gehalten. Es wird in ihr betont, daß weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Krisenfolgen unter denen alle Wirtschaftszweige in Holland wie in seinen Kolonien zu leiden hätten, ergriffen werden müssen. Die Wiederherstellung des internationalen Handelsverkehrs wolle die Regierung durch den Abschluß von Verträgen fördern, die von einem Geiste der Weitherzigkeit beseelt sei. Daneben müsse sie fortwährend ihre Aufmerksamkeit der Abwehr von Gefahren zuwenden, die sich aus Maßnahmen des Auslandes für den Absatz der holländischen Produkte ergäben.

Bei der Verlesung der Thronrede durch die Königin ereignete sich ein Zwischenfall, wie er in dieser sensationellen Form (!) in der parlamentarischen Geschichte der Niederlande bisher nicht zu verzeichnen war.

Nachdem die Königin die Thronrede verlesen hatte, erhoben sich die beiden einzigen kommunistischen Mitglieder des Parlaments, die Abgeordneten David Wynkoop und Lou de Visser, und riefen mit lauter Stimme in den Saal: „Weg mit der Kronel Weg mit der Königin!" Sämtliche übrigen Mitglieder des Parlaments erhoben sich darauf wie ein Mann ebenfalls von ihren Plätzen und stimmten, um die fortwährend wiederholten Rufe der Kommunisten zu übertönen, die holländische Nationalhymne an.

Parteien-Aufmarsch zur Reichstagswahl

Die Wahlparole der SPD

Besondere Kampfansage gegen die KPD

Berlin, 20. September.

VDZ. Am Dienstag tagte der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei. Ueber die Verhandlungen wird folgendes Communiqué verbreitet:

„Am Dienstag befaßte sich der Parteiausschuß der Sozialdemokratie mit der Vorbereitung der Reichstagswahl. Otto Wels gab einen ausführlichen Bericht über die politische Lage, dem sich eine längere Debatte anschloß. Dann wurden eine Reihe technischer Fragen, die den Wahlkampf betreffen, besprochen. Die Tagung fand ihr Ende mit dem feierlichen Gelöbnis aller Teilnehmer, den Kampf einig und geschlossen gegen Hitler, gegen seine kommunistischen Helfershelfer und die Papen-Reaktion zu einem erfolgreichen Ende zu führen."

Wer vieles bringt ...

Eine neue nationale Parteigründung

WTB. **Berlin**, 18. September.

Auf einem von etwa 100 geladenen Teilnehmern besuchten Vertretertag wurde heute in den Krollsälen die Gründung des „Deutschen Nationalvereins" beschlossen. Der vorläufige Vereinsvorstand besteht aus Oberregierungsrat Dr. Wildermuth-Berlin als Vorsitzenden, Graf zu Dohna-Bonn und Rechtsanwalt Ziebill-Königsberg i. Pr. als stellvertretende Vorsitzende, von Wilamowitz-Moellendorf-Berlin und Oberbürgermeister a. D. Blüher-Dresden als Beisitzer. Die Gründungsversammlung hat einstimmig einen Aufruf erlassen, mit dem sich der „Deutsche Nationalverein" an alle Deutschen wendet, die sich heute politisch heimatlos fühlen, und in dem u. a. ausgeführt wird:

Wir wollen die verfassungsmäßigen Rechtsgrundlagen wieder schaffen, die Selbstverantwortung u. Mitverantwortung ermöglichen. Wir wollen durch Anpassung des Weimarer Verfassungswerkes an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zur Verfassungsehrlichkeit zurück. Wir wollen, daß Deutschland frei sei. Deutschland hat ein heiliges Recht auf die Lösung der aufgezwungenen Verträge. Wir wollen, daß wieder die Achtung vor der ehrlichen Meinung, vor der religiösen Ueberzeugung in Deutschland selbstverständlich sei und daß die christlichen Grundlagen unserer Kultur erhalten bleiben. Wir wollen, daß die soziale Gesetzgebung in den Grundlagen des Versicherungs- und Arbeitsrechtes erhalten bleiben. Wir wollen eine Bauernsiedlung nach nationalen Gesichtspunkten. Wir wollen den Ausgleich der Standesinteressen in Handels- und Agrarpolitik und lehnen die Autarkie ab.

Noch eine neue Partei

Kiel, 19. September.

CNB. In Kiel wurde dieser Tage die Nationaldemokratische Partei (NDP) gegründet. Die neue Partei will unter Betonung des nationalen Gedankens alle republikanisch-demokratischen an der Privatinitiative festhaltenden aufbauenden Kräfte sammeln, die die kollektivistische wie auch die kapitalistische Idee ablehnen. Dafür will die NDP auf freiwirtschaftlicher Basis die deutsche Wirtschaft und den Staat umbauen. Sie wird, wie erklärt wird, bei der kommenden Reichstagswahl im Wahlkreis Schleswig-Holstein mit einer eigenen Liste auftreten.

Hörsings Partei

Oberpräsident z. D., Otto Hörsing, der frühere Bundesvorsitzende des Reichsbanners, stellte in einer Pressebesprechung die von ihm kürzlich gegründete „Sozial-Republikanische Partei Deutschlands" vor. Hörsing teilte mit, daß seine Partei vier Gauvorstände mit 91 Ortsvereinen und fast 15 000 Mitgliedern habe. Der Partei sind unter anderem Major a. D. Hauff, Major a. D. Anker und der Präsident der Bühnengenossenschaft Gustav Rickelt beigetreten. Die Partei erstrebe in erster Linie die Durchführung von Hörsings Arbeitsbeschaffungsprogramm und die republikanische Konzentration. Der Regierung Papen könne ertrotz seiner politischen Gegnerschaft in vielen Fragen die Hochachtung nicht versagen dafür, daß sie Ruhe und Ordnung geschaffen habe. Der Beschluß des Reichsbanners, die Mitgliedschaft in der Sozial-Republikanischen Partei für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Reichsbanner zu erklären, sei ein Verstoß gegen die Bundessatzungen. Er hoffe, daß schon in kurzer Zeit eine Einigung in dieser Frage erzielt werden könnte.

Staatsgerichtshof wieder vertagt!

Das war die große Hoffnung der SPD!

Berlin, 20. September.

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ erfährt, wird der Termin vor dem Staatsgerichtshof, in dem über die Klage der preußischen Minister wegen der Einsetzung eines Reichskommissars entschieden werden soll, nochmals eine Vertagung erfahren. Die Verhandlung, deren Beginn für den 29. September in Aussicht genommen war, wird voraussichtlich erst am 6. Oktober beginnen.

Das „Reichsbanner" wieder verboten!

CNB. **Berlin**, 20. September.

Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Oberpräsident in Magdeburg auf Ersuchen des kommissarischen Ministers des Innern die in Madgeburg erscheinende Wochenschrift „Das Reichsbanner" wegen des Artikels „Die Schuld von Ohlau" mit dem Untertitel „Offener Brief an den stellvertretenden Reichskommissar in Preußen, Oberbürgermeister Dr. Bracht" in Nr. 38 vom 17. September 1932 auf grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Die Anklage bricht zusammen!

Neuer Massenprozeß vor dem Sondergericht — 6 Genossen auf der Anklagebank

Vor dem Breslauer Sondergericht begann am gestrigen Tage ein neuer Monstreprozeß, der die Vorfälle, die sich im Anschluß an die Beerdigung des Genossen Günther am 30. Juli in den Zugangsstraßen zu dem Friedhof an der Bunzlauer Straße abspielten, zum Gegenstand hatte. Auf der Anklagebank saßen nicht weniger als sechs von unseren Genossen, neun Genossen der KPD und SPD und einige parteilose Arbeiter, darunter drei Frauen.

Noch nie aber hat ein Prozeß so klar gezeigt, in welch leichtfertiger Weise die Anklagebehörde bei solchen politischen Prozessen vorzugehen scheint, wie dieser.

Die Mehrzahl der Angeklagten hat sich an der Beerdigung des Genossen Günther überhaupt nicht beteiligt und ist nur zufällig in die Menge hereingeraten, die damals, provoziert durch das Verhalten der Nationalsozialisten und empört über den feigen Mord an dem Genossen Günther, zu Gegenkundgebungen gegen die Nationalsozialisten vorging. Die Angeklagten wurden wahllos und zufällig aufgegriffen oder auf Grund von nachträglichen Bezichtigungen durch Nationalsozialisten in den Anklagezustand versetzt.

So soll der Genosse Zwitner ein hakenkreuzbesticktes Blumenbrett in die Wohnung seines Besitzers geworfen haben. Eine Reihe von Zeugen bekundet jedoch, daß Genosse Zwirner um diese Zeit überhaupt nicht an dem fraglichen Tatort gewesen ist, sondern in der Wohnung seines Schwagers Karten spielte. Für die Angeklagten Sedladczek und Sykor kann die Verteidigung nicht weniger als 5 Zeugen nennen, die bekunden können, daß sie sich der zur Last gelegten Handlungen nicht schuldig gemacht haben. Am schnellsten aber brach wohl die Anklage bei dem SPD-Genossen Hildebrandt zusammen, wobei sich einmal die ganze Unglaubwürdigkeit und Leichtfertigkeit der nationalsozialistischen Zeugenaussagen offenbarte. Hildebrandt soll vom Balkon (!) seiner Wohnung aus die Masse gegen das Fenster seines Nachbarn gehetzt haben, der eine Hitlerfahne gehißt hatte. Hildebrandt ist von dem Untermieter des Nachbarn, dem Nazikaufmann Imberg von der Frankfurter Straße 50, angezeigt worden. Jetzt muß dieser unter dem Druck des Eides gestehen, alles, was er angegeben hat, nur von seinem Wirt gehört zu haben. Dieser wieder hörte lediglich, wie Hildebrandt schimpfte, was er selbst zugibt, auch getan zu haben. Im übrigen verweist er auf den Nazizeugen Saft, dieser auf die Hausangestellte von Frau Krüger und so fort, bis der Staatsanwalt selbst der Komödie ein Ende macht, indem er auf die noch zu vernehmenden Entlastungszeugen für Hildebrandt verzichtet. Ein weiteres Beispiel für die Unglaubwürdigkeit solcher Zeugen war das Ergebnis der Gegenüberstellung des Nazi Krause mit dem Genossen Zwirner. Krause wies auf die Aufforderung, den Angeklagten zu zeigen, auf den falschen, betonte dann aber ebenso sicher, als Zwirner aufgerufen und ihm gegenübergestellt wurde, dieser sei es, da

„die Gesichtszüge dafür sprächen".

Der Staatsanwalt selbst — das wollen wir noch erwähnen — gab im Verlauf des Prozesses zu, die Akten nicht zu kennen.

So blieb trotz des Riesenaufgebots von Zeugen am Ende des ersten Verhandlungstages nur noch ein kleiner Vorfall übrig, bei dem von den 15 nur 3 Angeklagte belastet werden. Es sind die Angeklagten Zimmer, Thomm und Geister, die beschuldigt sind, den Polizeiwachtmeister Simmer angegriffen und zu Boden geschlagen zu haben. Aber auch hier hapert es. Der zu Boden geschlagene Polizeiwachtmeister hat die Angeklagten nach ihrer Festnahme nicht wiedererkannt. Dagegen haben andere Polizeibeamte drei Flüchtlinge gesehen, denen sie nachsetzten, und die sie in einem Hause festnahmen. Sie bekunden nun, den Angeklagten Zimmer als einen der Täter wiederzuerkennen. Ueber die anderen können sie „keine direkten Angaben" machen und meinen nur, daß sie sich in der „gleichen Personengruppe" befunden hätten. Aber der Angeklagte Zimmer bestreitet energisch, gegen den Polizeibeamten tätlich geworden zu sein und verweist auf die Fluchtmöglichkeit, die ihm vor der Festnahme gegeben war, von der er aber keinen Gebrauch machte, weil er sich völlig unschuldig fühlte.

So scheint die Verhandlung am heutigen Tage recht schnell zu Ende zu gehen, wobei allerdings ein empörendes Gefühl zurückbleiben wird, eine schreiende Anklage gegen die Anklagebehörde selbst, die in einer solchen Weise unschuldige Proleten auf die Anklagebank bringt und solche Monstreprozesse aufzieht, die dann kläglich in sich zusammenfallen.

„Irgendwie Aufgefallen"

2. Tag im Liegnitzer Sondergerichts-Prozeß — Polizei-Kommissare als Belastungszeugen — Entlastungszeugen werden nicht vereidigt

(Sonderbericht der SAZ)

Liegnitz, 20. September.

Der heutige Vormittag brachte die Vernehmung der Hauptbelastungszeugen, der Kriminalkommissare Peters und Schneider. Peters war seit 1929 bis vor kurzer Zeit Mitglied der SPD und steht jetzt wahrscheinlich den Nazis nahe. Er hatte die „Säuberungsaktion" zu leiten. Dabei soll er, wie die Angeklagten behaupten, wahllos auf Frauen und Kinder eingeschlagen haben. Er selbst bestreitet das. Als ihn Ufert darauf aufmerksam machen wollte, kam es zu den gestern schon geschilderten Vorkommnissen. Auch die Angeklagten Höer, Späte und Moser hatte er festnehmen lassen, da sie ihm Widerstand geleistet hätten. Den Gen. Gerschau habe er verhaften lassen, weil er ihm „irgendwie aufgefallen" sei. Bestimmtes kann er nicht angeben. Getrunken habe er in den letzten Tagen vor den Ereignissen nicht.

Kommissar Schneider belastet vor allen Dingen die Angeklagten Späte und Moser schwer, die ihm schon den ganzen Nachmittag als Rädelsführer und Hetzer aufgefallen seien. Allerdings schließt er dies nur aus Gestikulationen, denn gehört hat er nichts bestimmtes. Er will den Angekl. Späte in der Zeit von 6 bis 7 Uhr gesehen haben, während die Verteidigung den Beweis führen will, daß Späte erst um 7 Uhr mit dem Auto von auswärts nach Liegnitz gekommen wäre. Im übrigen erzählt er, es habe sich bei den Vorkommnissen um systematisch vorbereitete Aktionen gehandelt, die unter der Führung von „Gewerkschaftssekretären" — darunter verstand er alle Funktionäre der Arbeiterbewegung — gestanden hätten.

Der Nachmittag sollte die Frage entscheiden, ob die Vorgänge planmäßig organisiert oder spontan waren. Aus den Zeugenaussagen ergab sich, daß lediglich den Mitgliedern der Eisernen Front die Abzeichen übergeben worden waren mit der Bemerkung, sie sollten sich damit auch auf der „Straße zeigen wie die Nazis". Von einer planmäßigen Zusammenrottung ist also nach den bisherigen Ergebnissen nicht zu reden.

Dann wurden die Entlastungszeugen für Ufert vorhört. Hier ergab sich der unhaltbare Zustand, daß alle Entlastungszeugen, die der Eisernen Front angehören und ebenfalls auf der Goldberger Straße waren, nicht vereidigt wurden, da

„der Verdacht der Mittäterschaft besteht" (!).

So blieben unvereidigt die Zeugen Senft, Schlaff, Hanke und Pusch, die übereinstimmend bekundeten, daß der Kommissar Peters wahllos auch auf ältere Männer und sie selbst eingeschlagen habe, und daß Ufert sich bemüht habe, die Massen zu beruhigen. Mit solchen Mitteln kann man allerdings jede wirksame Verteidigung unterbinden. Da noch etwa 50 Zeugen zu vernehmen sind, ist vor Freitag nicht mit dem Ende des Prozesses zu rechnen.

Epidemien in Schlesien

Die Diphtherie-Erkrankungen in Brieg

Brieg, 20. September.

In der vergangenen Woche waren in Brieg 11 neue Fälle von Diphtherie zu verzeichnen. Die teilweise Schließung der Schulen, die zunächst bis Ende voriger Woche befristet war, bleibt daher weiter in Geltung; man erwägt eine Schließung sämtlicher Brieger Schulen. Seit Juni sind in Brieg 55 Erkrankungen an Diphtherie vorgekommen; davon sind 6 tödlich verlaufen.

Schul-Schließung wegen spinaler Kinderlähmung

Hoyerswerda, 20. September.

In Lautawerk wurde wegen der in zahlreichen Fällen aufgetretenen spinalen Kinderlähmung sämtliche Schulen geschlossen. Der Landrat hat außerdem alle Veranstaltungen untersagt, bei denen größere Menschenmassen zusammenkommen.

Sechs neue Fälle spinale Kinderlähmung

Breslau, 20. September.

Im Laufe der vergangenen Woche sind bei der Behörde sechs neue Fälle von spinaler Kinderlähmung zur Anzeige gebracht worden. Eine Frau im Alter von 23 Jahren ist der Krankheit erlegen.

Spinale Kinderlähmung in Glogau

Unter verdächtigen Krankheitserscheinungen wurde ein 19jähriger junger Mann in das städtische Krankenhaus in Glogau eingeliefert. Die Aerzte stellten spinale Kinderlähmung fest. Der junge Mann ist bereits am ganzen Unterkörper vollständig gelähmt.

Große Devisenschiebungen in Breslau aufgedeckt

Breslau, 20. September.

In den Geschäftsräumen der Eisenhandel-A.-G. in Breslau wurde wegen Verdachts der Devisenschiebung von der Staatsanwaltschaft, der Zollfahndungsstelle und der Kriminalpolizei eine Durchsuchung vorgenommen. Bücher und Korrespondenzen wurden beschlagnahmt. Der Direktor der Firma, Schmidt, ist in Düsseldorf verhaftet worden; der Prokurist ist ins Ausland geflüchtet, gegen ihn ist ein Steckbrief erlassen worden. Es soll sich bei den Schiebungen um einen Betrag von 300 000 bis 500 000 RM. handeln.

Über Tage tödlich verunglückt

Waldenburg, 20. September.

Im Betriebe des Julius-Schachtes verunglückte der Koksarbeiter Gustav Ber aus Weißstein, indem er bei der Koksverladung zu Fall kam und von einem Eisenbahnwaggon überfahren wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. B. ist 47 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Fünffamilienhaus durch Blitzschlag eingeäschert

Sagan, 20. September.

Bei einem über dem Kreis Sagan niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in das Arbeiterwohnhaus des Rittergutes Zeisau ein, in dem fünf Familien wohnen. Das Haus brannte vollständig nieder, zumal die herbeigeeilten Feuerwehren wegen Wassermangels nicht viel unternehmen konnten. Es konnte fast nichts gerettet werden. Die Arbeiterfamilien sind schwer betroffen, da nur eine von ihnen versichert war.

Quartiere

Für die Delegierten zu unserer Bezirkskonferenz am Sonnabend den 24. und Sonntag den 25. September werden noch eine Menge Nachtquartiere gesucht. Wir bitten alle Parteigenossen, die jemanden aufnehmen können, ans Parteibüro Meldungen zu machen.

Donnerstag Stadtverordneten-Sitzung

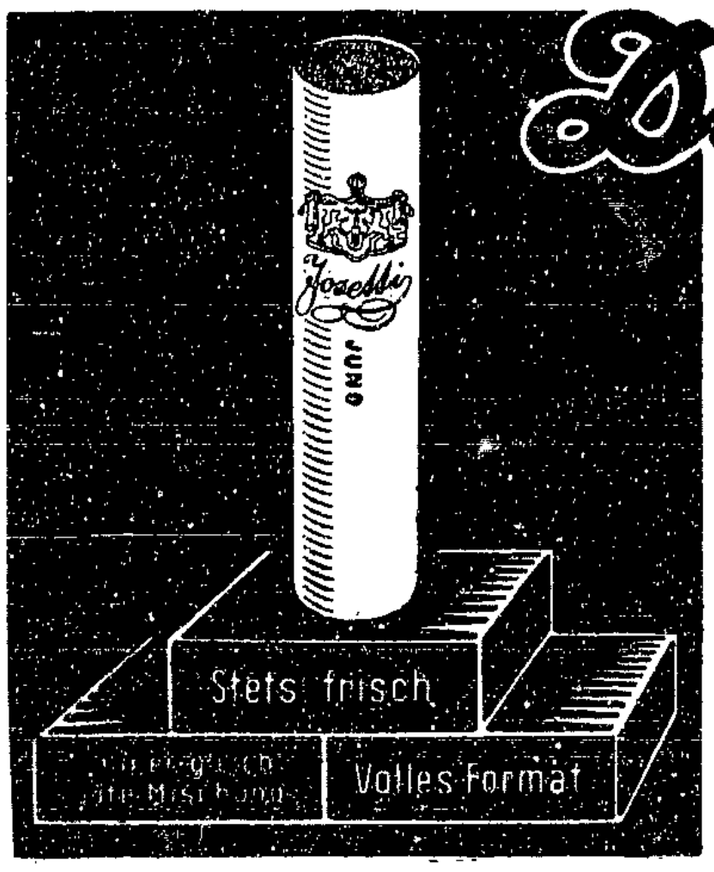
Am Donnerstag findet nach den Ferien der Stadtväter die erste Sitzung der Stadtverordnetensitzung statt.

FILM UND WIR

Die Herrin von Atlantis im Gloria-Palast

Karl May ist vor Neid blaß geworden. Abgesehen von der Fragwürdigkeit hätte er nur allein der Urheber der Filmfabel sein dürfen. In phantastischer Aufmachung handelt es sich um die alte Geschichte: Manchmal sind es zwei Frauen und ein Mann, ein anderes Mal eine Frau und zwei Männer, im Grunde bleibt es immer dasselbe, das „Dreieck". Andere Konfliktstoffe werden grundsätzlich in deutschen Filmen nicht behandelt; es könnte womöglich jemand auf die Idee kommen, daß es noch andere Konflikte in dieser wohleingerichteten mit Ufafilmen gesegneten Welt gibt. Wir sind Kummer gewöhnt.

Die Herrin von Atlantis soll — das wird wenigstens versucht — an das alte Problem des verschollenen Erdteils Atlantis anknüpfen. Ausgangspunkt und Einkleidung der Handlung sind ledern und abgebraucht, Theodor Storm hat das ähnlich tausendmal besser gemacht. Das ganze ist zu gewollt phantastisch, um wirklich fesseln zu können, das Spiel häufig zu stark überbetont, so daß alles gemacht wirkt. Atlantis ist ein verschwundener Erdteil; auch Filme können verschwinden . . .



Diese 3 Tatsachen

sind das Fundament für Juno.

auf ihnen beruht die Freundschaft, die unzählige Raucher mit dieser Marke verbindet.

Beste Tabake, ausgeglichene Mischung und volles Format bestimmen ihren Wert.

JUNO

gibt so unendlich viel,

daß der Ausschluß von Wertmarken, Gutscheinen und Stickereien selbstverständlich sein muß.

Die Qualität der Juno sichert ihr die Treue der Raucher!

25 eigene Verkaufsstellen!

Versand in Breslau frei Haus (Barzahlung), auswärts gegen Nachnahme oder Vorauszahlung ohne jeden Skonto ab Breslau — Verpackung, zum Selbstkostenpreis, wird nicht zurückgenommen — Flaschenpfand Vollvergütung

Wir sind stolz darauf unseren Kunden die besten Branntwein- u. Getreidekornmarken in Breslau verkaufen zu können!

1. Weil wir den Getreidefeinsprit von dem neuerbauten Werk der D. K. V. (Deutschen Kornbranntwein-Verwertungsstelle) in Münster-Lüdinghausen beziehen. Die technische Vollkommenheit dieses neuerbauten Reinigungswerkes steht in Deutschland einzig da (im wahrsten Sinne des Wortes ein Veredelungswerk).

2. Zum Getreidemutterkornverkauf hat die D. K. V. nur drei leistungsfähige Dickmaisch-Kornbrennereien in Deutschland zugelassen und zwar zwei in Nordhausen und eine in Celle. Durch monatelanges Probieren haben wir die eine Dickmaisch-Kornbrennerei in Nordhausen bevorzugt, welche nach unseren Feststellungen die feinsten, reinsten und hochwertigsten Qualitäten liefert. Da wir das größte Unternehmen Ostdeutschlands unserer Art sind, haben wir von dieser Dickmaisch-Kornbrennerei das alleinige Bezugsrecht für Breslau erhalten, wodurch wir in der Lage sind, die feinsten, reinsten und hochwertigsten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau herzustellen.

Fache-Branntwein-Marken:

Feiner Breslauer	vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn . . . . 25% Ltr.-Fl.	1.40
Feiner alter Breslauer	der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl.	1.50
Fache Edelmarke	mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn . . 29% Ltr.-Fl.	1.70
Fache Krem	rassig, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl.	1.90
Fache Exquisit	pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 38% Ltr.-Fl.	2.30

Preise ohne Flasche

Fache-Getreidekorn-Marken:

Fache Weizenkorn	der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz . 32% Ltr.-Fl.	2.20
Fache Roggenkorn	die Elite-Qualität . 32% Ltr.-Fl.	2.20
Fache Getreidekorn	unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesen., 37% Ltr.-Fl.	2.60
Jagdkorn	(Doppelkorn), vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Markend. Kontinents. 42% 0.8 Ltr. in Original-Steinkrügen	2.50

Sein Kind bestialisch mißhandelt

Vier Jahre Gefängnis für eine Bestie in Menschengestalt

Das WTB meldet unter dem 20. September aus Waldenburg: Die Verhaftung des „früheren kommunistischen" Landtags-Abgeordneten Richard Schulz aus Dittersbach wegen barbarischer Mißhandlung seines elfjährigen Sohnes Werner hatte vor kurzem in der „Oeffentlichkeit großes Aufsehen" erregt. Heute hatte sich Schulz vor dem Waldenburger Sondergericht zu verantworten. Der Andrang zum Zuhörerraum war außerordentlich stark. Die Waldenburger Presse und die auswärtigen Zeitungen hatten zahlreiche Vertreter entsandt. Vor dem Gerichtsgebäude kam es im Laufe des Nachmittags wiederholt zu Ansammlungen, sodaß die Polizei für die Aufrechterhaltung des Verkehrs sorgen mußte.

Die Anklage lautete auf fortgesetzte schwere Körperverletzung. Die Verhandlung ergab ein erschütterndes Bild des Martyriums eines von einem rohen und grausamen Vater gequälten Kindes. Der Angeklagte hat den Jungen u. a. mit einem dicken Eichenstocke und einem Leibriemen wahllos über den Körper geschlagen. Nach Aussagen der medizinischen Sachverständigen Chefarzt Dr. Schwarz und Kreismedizinalrat Dr. Hübner hat der Knabe infolge der Mißhandlungen einen Bruch des Unterarms und der Mittelfingerknochen der rechten Hand davongetragen. Außerdem befand sich an seinem ganzen Körper fast keine Stelle, die nicht blutunterlaufen und angeschwollen war. Weiter hat Schulz dem Jungen Fußtritte versetzt, die zu erheblichen Verletzungen am Gesäß und am Unterleib führten.

Der Angeklagte suchte sein Verhalten damit zu entschuldigen, daß er wiederholt erklärte, er habe dem Jungen nur seinen „Hang zum Lügen abgewöhnen wollen". Im übrigen rührten die Wunden von Unfällen her, die der Knabe bei Spaziergängen erlitten habe. Der Staatsanwalt betonte in seiner Anklagerede, daß Schulz das Kind in bestialischer Weise mißhandelt habe, und beantragte Bestrafung nach § 224 StGB, der Zuchthausstrafe vorsieht, und zwar lautete sein Antrag auf vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. Das Sondergericht verurteilte Schulz wegen fortgesetzter gefährlicher Körperverletzung nach § 223 zu vier Jahren Gefängnis.

Ueber das Schicksal des älteren Sohnes des Angeklagten ist noch nichts bekannt. Schulz behauptet weiter, er habe den Jungen nach Rußland geschickt.

*

Wir haben uns mit der Affäre Richard Schulz bereits in einem kurzen Artikel unter dem Motto: „Wie man in Antikommunismus macht", beschäftigt. Auch in der obenstehenden Notiz kann es das Wolffsche Telegraphenbüro nicht unterlassen, vom „früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten" zu sprechen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Prozeß beim Bürgertum — denn um dieses handelt es sich in diesem Falle, wenn man von „Oeffentlichkeit" spricht — „großes Aufsehen" erregt habe.

Gerade wir als proletarische Zeitung, die wir uns immer gegen jede Form von Prügelstrafen gewandt haben, müssen die viehischen Erziehungsmethoden dieser Bestie von einem Vater, der seinem Kinde das Lügen abgewöhnen wollte, auf das Schärfste verurteilen.

Montag, den 26. September 1932, 20 Uhr

Großer Konzerthaussaal

1. Volks-Symphonie-Konzert

der Schles. Philharmonie

Dir.: Hermann Behr, Sol.: Hermann Hoppe (Klavier)

Programm: **Brahms, Tschaikowsky, Wunsch**

Karten in der Geschäftsstelle (Stadttheater) und Abendkasse

Milde Urteile gegen Nazis

Oels

Vor dem Sondergericht hatten sich wegen Nötigung und gefährlicher Körperverletzung der Buchhalter Theodor Matissek, der Händler Hermann Polka, der Katastertechniker Alois Wloka und der Arbeiter Josef Hanusa, sämtlich aus Namslau, zu verantworten. Am 30. Juli d. Js. kam es in Namslau zwischen Nationalsozialisten und Zentrumsleuten zu einem Zusammenstoß. Der Schneider Kalis war mit dem Verteilen von Propagandazetteln für die Zentrumspartei beschäftigt. Der Angeklagte Matissek, Nationalsozialist, drang auf ihn ein und versuchte, ihm die Tasche mit den Zetteln zu entreißen. Schnell hatten sich noch mehrere Mitglieder beider Parteien eingefunden. Wloka eilte dem Zettelverteiler zu Hilfe. Hierbei kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der Angeklagte Wloka dem Matissek mit einem Messer und einem Faustschlag Verletzungen beibrachte. Matissek und Polka faßten sofort Wloka und brachten ihn zur Polizei. Dort drang der Angeklagte Hanusa auf Wloka ein und versetzte ihm einen Schlag ins Gesicht. Das Gericht verurteilte Matissek wegen versuchter Nötigung zu 1 Monat, Hanusa wegen Körperverletzung ebenfalls zu 1 Monat Gefängnis und sprach die beiden anderen Angeklagten frei.

Dann verhandelte das Sondergericht gegen den Arbeiter Hermann Daniel, die Arbeiterin Gertrud Daniel und den Arbeiter Erich Kaiser, sämtlich aus Leuchten, Kreis Oels. Bei einer Durchsuchung waren bei dem Arbeiter Daniel 35 Stück S-Munition und ein Gummiknüppel, bei seiner Tochter acht Schuß Pistolenmunition und bei Kaiser ein Schlagring vorgefunden worden. Daniel wurde zu zwei Monaten Gefängnis und seine Tochter zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Kaiser wurde freigesprochen.

Tödliche Motorradunfälle

Neumarkt, 20. September.

In der Nähe von Neumarkt geriet in einer Kurve das Motorrad des Maschinensetzers Hugo Schnee aus Breslau, der auf dem Sozius seine Ehefrau sitzen hatte, ins Schleudern. Die beiden Personen stürzten vom Rade. Schnee trug einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen davon und war auf der Stelle tot. Seine Ehefrau erlitt einen Schlüsselbeinbruch und andere Verletzungen. Sie wurde ins Neumarkter Krankenhaus übergeführt.

*

Glogau, 20. September.

In Zerbau befand sich der Krankenkassenkontrolleur Gustav Brunsch mit seinem Motorrad auf dem Wege zu einer Sitzung der Gemeindevertretung. Er stürzte plötzlich und zog sich dabei einen Schädelbruch zu. B. wurde sofort in das städtische Krankenhaus nach Glogau gebracht, wo er noch in der Nacht seinen Verletzungen erlag.

Vom Blitz erschlagen

Wie der „Neue Görlitzer Anzeiger" aus Lautawerk, Kreis Hoyerswerda, meldet, schlug bei dem gestern über den Ort ziehenden Gewitter der Blitz in der Siedlung Torno in eine Linde, unter der mehrere Schuljungen vor dem plötzlichen Regen Schutz gesucht hatten. Der 12jährige Sohn des Arbeiters Göppert wurde vom Blitz erschlagen, der neben ihm stehende Sohn des Heizers Stephan schwer verletzt; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Drei weitere Knaben erlitten leichtere Lähmungen.

Schlesischer Arbeiter-Sport

Handball

Serienspiele für den 25. September 1932

Männer A-Klasse, Gruppe I

9.00: 1. Abt. II—9. Abt. II, Eichenpark, 50.
10.00: 6. Abt. II—5. Abt. I, Ostpark, 1.
10.10: Dt. Lissa I—SilKick I, Dt. Lissa, 14.
16.10: Ohlau I—Südost I, Ohlau, 6.

Gruppe II

10.10: 7. Abt. I—Fr. Schwimmer II, Eichenpark, 30.
10.10: 1. Abt. I—1925 I, Eichenpark, 8.
10.50: 1897 I—1911 I Lohewiese, 53.
16.10: 2. Abt. I—8. Abt. II, Ostpark, 19.

Gruppe III

15.00: 4. Abt. I—6. Abt. I, Lohewiese, 40.
15.50: Stabelwitz I—3. Abt. I, Stabelwitz, 13.
16.00: 1925 II—5. Abt. II, Brückenaue, 23.
16.00: Fr. Schwimmer I—9. Abt. I. Stadion, 16.

Männer B-Klasse, Gruppe I

13.30: Stabelwitz IV—Dt. Lissa II, Stabelwitz, 7. Abt.
15.00: SilKick III—Strehlen II, Stadion, 2. Abt.
15.00: Ohlau II—6. Abt. III, Ohlau, ???
15.30: Hundsfeld I—5. Abt. III, Hundsfeld, 1925.
Südost spielfrei.

Gruppe II

9.00: 7. Abt. II—Marschwitz I, Eichenpark, 5. Abt.
9.40: 1897 II—1925 IV, Lohewiese, Dt. Lissa.
10.10: Wratislawia I—Strehlen I, Brückenaue, ???
14.40: Stabelwitz II—SilKick II, Stabelwitz, 1. Abt.
2. Abt. spielfrei.

Gruppe III

8.30: 4. Abt. II—Stabelwitz III, Lohewiese, SilKick.
10.10: 8. Abt. III—6. Abt. IV, Helmutwiese, 4. Abt.
10.10: 9. Abt. III—Fr. Schwimmer III, Gandau, 2. Abt.
15.00: 1925 III—Marschwitz II, Brückenaue, ???
12. Abt. spielfrei.

Jugendklasse

9.30: Dt. Lissa I—1. Abt. I, Dt. Lissa, Marschwitz.
10.00: 5. Abt.—Stabelwitz, Brückenaue, 7. Abt.
13.50: 1925—4. Abt., Brückenaue, 6. Abt.
15.00: 2. Abt.—Fr. Schwimmer, Ostpark, 1897.
12. Abt. spielfrei.

Sportlerinnen

15.00: 1. Abt. II—VfB, Brückenaue, 1911.
15.30: 4. Abt.—9. Abt., Eichenpark, Stabelwitz.
16.00: 3. Abt. I—FSB Brückenaue 1925.
16.10: 2. Abt.—SilKick, Lohewiese 5. Abt.
Erstgenannter Verein hat Platzbau.

Schüler A-Klasse

9.15: 8. Abt.—4. Abt., Helmutwiese, Verein.
10.00: 12. Abt.—Stabelwitz I, Stadion, Verein.
10.00: 11. Abt.—5. Abt., Oswitz-Dorf Verein.

B-Klasse

10.00: Nordost—7. Abt., Brückenaue, Verein.
10.00: 1925 III—9. Abt., Brückenaue, Verein.
10.45: 1925 II.—Neukirch, Brückenaue, Verein.
11.20: Dt. Lissa—Stabelwitz II, Dt. Lissa, Verein.
Erstgenannter Verein hat Platzbau.

Notizen

Freie Kanu-Vereinigung Breslau e. V.: Sonntag, den 25. Sept., treffen sich alle Mitglieder zum Abpaddeln bei Lanisch.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Groß-Breslau

5. Abteilung. Heute abend um 20 Uhr findet bei Kiante ein ärztlicher Vortrag statt. Gäste sind willkommen.

Wohin?

Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk". Am Mittwoch, den 21. September, um 18.30 Uhr, spricht Obering. Windel-Berlin über das Thema „Hygienische Haushaltführung durch Gaswärme". Es werden die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Gastechnik, soweit sie für den Haushalt in Frage kommen, in ihrer praktischen Anwendung erläutert werden.

Breslauer Volksbühne. In Abänderung seines Spielplans gibt das Lobetheater vom 24. bis 30. September Molnars „Spiel im Schloß", das vor fünf Jahren mit großem Beifall aufgenommen mehrere Wochen den Spielplan beherrschte. Diejenigen Mitglieder jedoch, die lieber den „Schuster Anton Hitt" oder ein anderes Stück zu sehen wünschen, können sich auf der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Str. 8a, unentgeltlich umschreiben lassen.

Programm der proletarischen Abendveranstaltung Otto Zimmermann

1. Prolog auf nackten Füßen.
2. Arbeiterdichtung trotz allem.
3. Der Landarbeiter } Arbeitstänze . . . . Musik: W. Riedel
4. Der Fabrikarbeiter }
5. 1200 m hoch über dem Meere von Erich Kästner } Songs von Heinz Thieme
6. Warte nicht . . . . von Kurt Tucholsky }
7. Offener Brief an Angestellte.

Pause.

8. Mensch unter Zwang.
9. Aufbruch.
10. Der Arbeitslosensong . . . . } von Otto Zimmermann . . . Musik: W. Riedel
11. Song von der Einheitsfront . }
12. Satyre in Versen.
13. Deutschland erwache! Ein Zeitdokument von Walter Mehrich. Musik: Geister
14. Hoppla, wir leben!
15. Das Solidaritätslied von Bert Brecht . . . . Musik: Hans Eisler

Programmänderungen vorbehalten. Pianist: Max Pulvermacher.

Organisationsnachrichten

SJV Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Heim 6: Gruppenabend diese Woche erst Freitag. Donnerstag bei Otto Zimmermann.

Freidenkerjugend, Gruppe West: Heut, 20 Uhr, im Heim Friedr.-Wilhelm-Str. 45, Arbeitsgemeinschaft. Genossin Seelig: „Das Klassengesicht der Sondergerichte".

Gruppe Süd-Ost: Heut, 20 Uhr, Motto: Zauberei und Hexerei.

Monistische Jugend (zentral). Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim Grünstr. Keiner darf fehlen. Achtung! Der von uns veranstaltete Traven-Abend findet heut, 20 Uhr, im Saale der Monistischen Gemeinde statt. Unterstützt alle diese wertvolle kulturpolitische Veranstaltung. Beginn pünktlich 20 Uhr.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; **Inserate:** Herbert Scholz, Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. **Lohndruck:** Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7. **Redaktion:** Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

STADTTHEATER

Mittwoch, 20—22.45 Uhr
Abonn.-Vorst. B 2
Zar und Zimmermann

Donnerstag, 19.30 — geg. 23 Uhr
Der Zarewitsch

Freitag, 20—22.45 Uhr
In vollständiger Neuinszenierung
Der fliegende Holländer

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.40 Uhr
Schuster Anton Hitt

Sonnabend, 20.15 Uhr
Neueinstudierung!
Spiel im Schloß
Lustspiel von Franz Molnar

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.20 Uhr
Die versunkene Glocke

Werbt Abonnenten!

KAFFEE HAG

10% billiger!

Jetzt nur noch RM 1.44 das große und 75 Pf. das kleine Paket

zu haben bei:

Waldem. Burczyk

9% Kolonialwaren Delikatessen Tabakwaren

Mathiasstraße 135
Ecke Michaelisstraße

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weidend. 3422

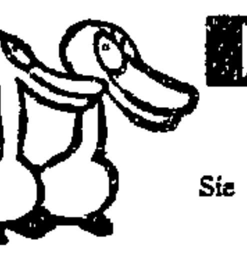
Donnerstag, 22. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame

Gartenbühne
Donnerstag, 22. Sept.
4.30 Uhr
Konzert und Varieté
5.15 Uhr
Frühlingsluft

Beachtet unsere Inserate

Die Einheitsfront

SPD.-, SAP.- und KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß



DIE ENTE

die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich — Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

Arbeitserziehung in U.d.S.S.R.

(Fortsetzung und Schluß)

II.

Die Erziehung zur Arbeit durch Arbeit bekommt noch eine tiefere Grundlegung durch den Gemeinschaftsgedanken. Dies ist jo der Begriff, der am tiefsten im Bewußtsein der Arbeiterklasse verankert ist, und der allein ihren endgültigen Sieg verbürgt. Er findet in der Sowjetschule seinen Ausdruck in den verschiedensten Formen:

Schon organisatorisch in den Kommunen, die an die Stelle der durch die Zerstörungsarbeit des Kapitalismus zerbrochenen Formen der Ehehe, der Einzelfamilie neue Lebensformen der Gemeinschaft setzen; die Kinderkrippe erweitert die Wohnstube der Familie, das Spielzimmer wird zum Kindergarten und zum Kinderhort, die Schulstube zur Arbeitskommune. Die Funktionen des Hauses und der Familie gehen auf die Gesamtheit der schaffenden Bürger über.

Die Arbeit in der Schule leitet nicht nur ihre Aufgabe aus den Bedürfnissen der Gemeinschaft her, sondern verteilt und kontrolliert sie auch auf genossenschaftlicher Basis. Das amerikanische Vorbild des Daltonplanes, beruhend auf individualistischem Wettbewerb und dem rücksichtslosen Willen des Sichdurchsetzens ist umgebildet zum Prinzip der gegenseitigen Hilfe. Das Kollektiv der Klasse wählt sich eine gemeinsame Aufgabe, verteilt sie unter die einzelnen Gruppen, und diese wiederum weisen dem einzelnen seine Sonderaufgabe zu. Dann erwächst aus Einzelarbeit die Gruppenarbeit und hieraus die Klassenleistung. Diese wiederum kann ein Teil des großen Werkes sein, das die ganze Schule, ja die ganze Gemeinde umfaßt, wie z. B. der Bau einer elektrischen Straßenbahn im neuen Fabrikviertel. Nicht der Lehrer oder die vorgesetzte Behörde ordnen eine solche Arbeitseinheit an, sondern die Schule erkennt sie als praktische Notwendigkeit und stellt sie sich als Ziel. Das geschieht in großen öffentlichen Schüler-Versammlungen.

Die Schüler bestimmen auch selbst, wer in eine höhere Schule aufgenommen werden soll: Sie erkundigen sich über den Neuling (er bringt ja keine Zensuren und Zeugnisse mit, die sind abgeschafft), sie prüfen ihn auf Herz und Nieren, ob er befähigt ist, in ihrer Mitte mitzuarbeiten. Als Maßstab dienen die Anforderungen der Schule, denen der Kandidat hinsichtlich des Wissens und Könnens wie vor allen Dingen des Charakters gewachsen sein muß. Im zutreffenden Fall wird er vom Kollektiv einem Ausschuß, der aus Lehrern, Eltern, Schülern und einem Vertreter der Behörde besteht, vorgeschlagen. Die Aufnahme erfolgt zunächst auf Probe. Aber selbst nach Absolvierung derselben ist das Verbleiben nicht für alle Zeiten gesichert, bewährt sich der Neuling nicht, so muß er die Schule wieder verlassen.

Ein besonderes Mittel zu Ansporn und Kritik ist die Wandzeitung. Sie fehlt in keiner Schulgemeinde und ist deren lebendiger Spiegel. Sie geißelt mit strenger, unbarmherziger Kritik in Wort und Bild jede Verfehlung und Nachlässigkeit; sie geizt aber ebensowenig mit freimütigem Lob für hervorragende Leistungen. Sie beschränkt sich nicht nur auf die Schüler selbst, sie kritisiert hier einen knauserigen Schulsowjet, dort einen Schulgelddrückeberger von Bauern, hier einen Lehrer, der noch nicht den Geist der neuen Erziehung begriffen hat („er hat vergessen, daß er in Sowjetrußland lebt"), dort eine Lehrerin; sie ist gezeichnet als eine hinter der Tür lauschende Frau, und als Text ist ihr gewidmet: „Unsere Lehrerin hat eine häßliche Angewohnheit; ehe sie in die Klasse tritt, lauscht sie erst immer an der Tür; es würde nicht schaden, wenn sie sich das abgewöhnen wollte", und die Lehrerin hat daraufhin ihre gewiß nicht rühmenswerte Eigenart abgelegt.

Als höchstes Ziel gilt in der Schule wie überhaupt im Leben des neuen Staates das selbstlose Schaffen für die Gemeinschaft, unter Verzicht auf Vorteil und unter Darbringung von persönlichen Opfern. Selbstverständlich sind Einordnung ins Ganze und Unterordnung unter die als notwendig erkannte Pflicht. Zur Anfeuerung dienen die Idealgestalten der russischen Arbeiterbewegung und in ganz hervorragendem Maße die Persönlichkeit Iljitsch Lenins, also alle diejenigen, die sich selbst der Revolution geopfert haben. Ebenso die Grundsätze der herrschenden Staatspartei, deren Zugehörigkeit nur durch Steigerung der Pflichten und durch die Fähigkeit zu Verzichten aller Art erworben werden kann. Der Kommunist gehört nicht sich selbst, sondern dem neuen Staat; er muß Opfer bringen, um der hohen Sache willen; sein Gehalt wird gekürzt; über seine Zeit verfügt die Partei; bei Vergehen wird er härter bestraft als der Parteilose; er wird aus der Partei ausgeschlossen, wenn er sich betrinkt. Auch in den Schulen gibt es Zellen der jungen Kommunisten, deren markantester Satz aus den Statuten folgendermaßen lautet:

„Immer und überall: in der Fabrik der Sowjetunion wie in der Bauernschaft, in der roten Armee wie im Staatsdienst muß das Mitglied des russisch-leninistischen Jugendverbandes der Erste unter den Ersten, der Arbeitsfähigste, der Energischste, der Redlichste und der Mutigste sein und so als Beispiel für Jugend und für alle Werktätigen sein."

Und allenthalben erfährt man, daß es sich hierbei nicht um eine billige Deklamation, sondern um eine streng eingehaltene Verpflichtung handelt.

Es kommt auch oft vor, daß Fabriken, Gewerkschaften usw. Patenschaften über die Schulen und ihre Einrichtungen übernehmen; das bedeutet, daß sie ½% ihres Lohnes dafür und als Mitglieder in den Schulrat aufgenommen werden. Umgekehrt übernahmen auch Schulen die Chefschaft für eine Gruppe verwahrloster Kinder, der Jugendverband für die rote Flotte, der Verband der Bildungsarbeiter für die rote Armee und leiten hier die notwendige Aufklärungs- und Kulturarbeit.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Sowjetrußland der Jugenderziehung große und neue Ziele weist, und daß es sich bemüht, neue und seither unbegangene Bahnen einzuschlagen. Die Arbeit steht erst in ihren Anfängen, aber sie weist erfolgversprechend in die Zukunft.

Georg Steinfeld.

2500 Opfer der Cholera

London, 20. September.

Nach Meldungen aus Peking ist in der Provinz Schansi eine schwere Choleraepidemie ausgebrochen. Die Seuche hat bisher 160 Ortschaften heimgesucht und bereits 2500 Todesopfer gefordert.

Schweres Grubenunglück

Kohlscheid (Kr. Aachen), 20. September.

Auf einer Grube wurden gestern früh drei Bergarbeiter beim Vortreiben eines Stollens von Gesteinsmassen verschüttet. Ein Arbeiter war sofort tot. Die beiden übrigen Verschütteten wurden ins Krankenhaus eingeliefert, wo einer von ihnen kurze Zeit darauf starb. Bei dem Zweiten besteht Lebensgefahr.

Beim Destillierkessel-Reinigen vergiftet

Im großen Destillierkessel einer Budapester chemischen Fabrik wurden drei Arbeiter während der Reinigung des Kessels von zurückgebliebenen Giftgasen betäubt. Zwei konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Der Dritte starb während des Transportes ins Krankenhaus.

Lepra?

In das Kreiskrankenhaus Heinrichswalde wurde, wie die Königsberger Allgemeine Zeitung berichtet, eine alte Frau unter dem Verdacht eingeliefert, an Lepra erkrankt zu sein. Sie wurde sofort streng isoliert. Eine Bestätigung des Verdachts liegt noch nicht vor. Die Frau mied schon seit langem jeden Umgang mit Menschen.

Chauffeur verursacht tödlichen Unfall und begeht Selbstmord

Kattowitz, 20. September.

Heut nachmittag ereignete sich auf der Chausseestraße ein schweres Verkehrsunglück. Das Auto des bekannten ostoberschlesischen Politikers Korfanty fuhr in rasender Fahrt die Chausseestraße hinab und überrannte einen Eishändler, der mit seinem kleinen Wagen langsam die Straße daherfuhr. Der Ueberfahrene war sofort tot. Das Auto wurde an den Straßenrand geschleudert, ohne größeren Schaden zu erleiden. Als der Führer des Kraftwagens sah, daß er den Unfall verschuldet hatte, zog er eine Pistole und erschoß sich. Bei dem Verkehrsunfall wurde außerdem noch ein kleiner Junge so schwer verletzt, daß er in bedenklichem Zustande ins Kattowitzer Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Autobus rast gegen Lastwagen

20 Personen verletzt

Lyon, 19. September.

Ein Autobus fuhr in der vergangenen Nacht in voller Fahrt gegen einen Lastwagen, der vollständig zertrümmert wurde. Der Autobus setzte seine rasende Fahrt fort und zerschellte schließlich an einem haltenden Straßenbahnwagen. 20 Personen wurden verletzt, von denen 12 ins Krankenhaus übergeführt wurden.

Rekordwahnsinn

New York, 20. September.

Der Kampf um den Schnelligkeitsweltrekord im Motorboot ist wieder einmal zugunsten Amerikas entschieden, nachdem England durch Kaye Don zwei Monate lang den Weltrekord gehalten hatte. Der Amerikaner Gar Wood, der sich im Laufe der beiden letzten Jahre viermal in die Rekordliste eintragen konnte, schloß am Montag auf dem Michigan-See seinen angekündigten Weltrekordversuch mit Erfolg ab. Der Amerikaner legte auf dem Rennboot „Miß America X" den abgesteckten Meilenkurs in beiden Richtungen glatt zurück und fuhr dabei das Stundenmittel von 201,166 km heraus. Kaye Don hatte im Juli dieses Jahres die letzte Welthöchstleistung mit 192,768 Stkm erreicht.

*

Offensichtlicher kann das Kartenspiel, das den Namen „Rekord — Profit — Nationalchauvinismus" trägt, nicht aufgedeckt werden. Der Konkurrenzneid der Nationen wird hier in der Form zwar keines direkten Wirtschaftskampfes, sondern auf der Ebene einer wahnsinnigen Sportrekordlust, die letzten Endes doch nur zu Ehren des Profites wiederum blüht, ausgefochten.

15 Jahre Zuchthaus

Königsberg, 20. September.

Vor einem Sondergericht fand heute die Hauptverhandlung gegen den Arbeiter Otto Altrock und den Schlosser Paul Kluwe, beide aus Königsberg, wegen Ermordung des Lehrer Hauptwachtmeisters Wenendt statt. Die Anklage gegen Altrock lautete auf Mord und versuchten Totschlag, gegen Kluwe auf Beihilfe zum versuchten Totschlag. Der Arbeiter Otto Altrock erhielt 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust. Der Staatsanwalt hatte wegen Mordes die Todesstrafe beantragt. Beim Schlosser Kluwe lautete das Urteil auf ein Jahr neun Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrenrechtsverlust. Die Untersuchungshaft wurde bei Kluwe voll angerechnet.

Max Slevogt gestorben

Auf seinem Gut Neu-Kassel ist Max Slevogt gestorben. Mit ihm verliert die moderne bürgerliche Kunst einen ihrer Größten. Max Slevogt hat eine Fülle von Litographien, Radierungen, Holzschnitten und nicht zuletzt Gemälden geschaffen, die wohl zum Besten der Schöpfungen der bürgerlichen Kunst der letzten Jahre gehören.

Die Art, in der Slevogt Menschen und Dinge sah und gestaltete, ist ähnlich, aber doch um einiges anders wie die des deutschen Impressionismus. Slevogts Schaffen wird richtunggebend angeregt durch die holländische Malerei des 17. Jahrhunderts. Dieser Ausgangspunkt seiner Arbeiten weist dem großen Künstler seine Stellung innerhalb der gesellschaftlich bedingten Kunst an. Er ist der moderne Vertreter der unbeschränkt herrschenden bürgerlichen Klasse, so wie seine Vorbilder Rembrand, Vermeer van Deef und Franz Hals das Kunstempfinden des im Klassenkampf siegreichen holländischen Bürgertums nach der Vertreibung der Gegenreformation zum Ausdruck brachten.

Ganz besondere Verdienste hat sich Max Slevogt durch die eigenartige Trefflichkeit seiner Buchillustrationen und Bildfolgen zu Opern, Märchen und Theaterstücken erworben.

Max Slevogt ist in seinem Schaffen keiner der unseren gewesen. Aber er war in der Kunst seiner Klasse zweifellos ein Künstler von außerordentlichem Können und von feinstem Empfinden.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

49) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die Matrosen dringen lärmend in das Haus ein. Aber eigentlich gibt es nichts zu tun — peinlich saubere, durch Glaswände geteilte Büroräume, mit Teppichen ausgelegte Treppen, der große Kongreßsaal. Ein Portier ist da, einige Schreiber laufen zusammen. Aber kein Widerstand, nichts, das sich der eindringenden Menge entgegenstellt. Der Ansturm stößt ins Leere und läuft sich in den unteren Räumen tot. Die Zimmer der Direktion bleiben unberührt.

In einem dieser mit gemessenem Luxus ausgestatteten Arbeitszimmer sitzt ein kleiner, verfallener Mann, der bekannteste Kopf der Hamburger Börse, einer der bedeutendsten Exponenten der deutschen Wirtschaft und eine der expansivsten Kräfte des Kaiserreiches: Albert Ballin, der Generaldirektor der „Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft".

Heute ist Ballin durch die Straßen Hamburgs gegangen. Er begegnete der großen Demonstration, vor der die Gewalthaber im Generalkommando die Flucht ergriffen. Am Hafen hat er rote Fahnen an den Schiffsmasten hochgehen sehen. Es war kein Zufall, der ihn an den Steinhöft geführt hat, an das Stammhaus der Firma „Morris & Co.", in die er nach dem Tode seines Vaters als zweiundzwanzigjähriger Mitinhaber eingetreten war.

„Morris & Co., Auswanderer-Agentur."

Zwischendecker hat er geworben für Rechnung englischer Reedereien, Auswanderer aus Oesterreich, Polen, Litauen, Galizien, die in den achtziger und neunziger Jahren die Grundlage der transatlantischen Schiffahrt bildeten. Er hat das Unternehmen seines Vaters zu einer scharfen Konkurrenz für den „Bremer Lloyd" und die „Hamburger Paketfahrt" hochgearbeitet. Jahrzehntelang kämpften englische, französische, belgische, holländische, zuletzt auch die deutschen Reedereien um das Auswanderergeschäft. Bei diesem Rennen sanken die Ueberfahrtsraten — bis die HAPAG gezwungen war, den kleinen Konkurrenten Ballin zum alleinigen selbständigen Leiter ihres gesamten Passagegeschäftes von und nach Nordamerika zu ernennen.

Das war die erste Etappe. — Die Begründung des Pools, eines internationalen Abkommens, nach dem die Schiffahrtsgesellschaften das Passage- und Frachtgeschäft nach ihrem Tonnagebestand unter sich aufteilten, war der zweite große Schritt auf seinem Wege. Nicht Konkurrenzkampf, der nur den Auswanderern und Verfrachtern zugute kam und die Raten verdarb, sondern Kooperation, Paktieren der Besitzenden untereinander zum Zwecke schärfster Ausbeutung der Arbeitskräfte, der Passagiere und Verfrachter — in diesem Zeichen hat Ballin gesiegt, in diesem Zeichen hat er als Generaldirektor der HAPAG die deutsche Schiffahrt groß gemacht.

Der immer kränkliche Ballin — Kontrahent zahlreicher Gemeinschaftsverträge, Mitbegründer der nordatlantischen Pools, despotischer Leiter des größten Schiffahrtsunternehmens der Welt, intimer Ratgeber des Kaisers und der kaiserlichen Regierung — sitzt müde in seinem Sessel zurückgelehnt und hört das aufständische Volk unten im Hause rumoren. Die Polizei, die er noch gestern hätte rufen können, existiert nicht mehr. Die militärischen Befehlshaber sind geflohen.

Die Gänge und die Fluchten leerer Zimmer hallen wider von schweren Matrosenstiefeln. Der Blick Ballins bleibt an einer Vase aus böhmischem Glas hängen, an den bizarren Formen der weißen Orchideen, die in seinem Arbeitszimmer täglich erneuert werden. Er sieht zu dem Bild des Kaisers auf, das in Lebensgröße über dem Kamin hängt.

Vor Tagen schrieb er in einem Brief:

„... der Galerie könnte man allerdings den Erfolg nicht greifbarer darlegen, als wenn man den Mann, der verantwortlich für den Krieg gezeichnet hat, als Opfer forderte und erhielte. Ich glaube nicht, daß der Kaiser sehr traurig sein würde, wenn er jetzt mit einer noblen Geste sich ins Privatleben zurückziehen könnte ..."

Der Kaiser mag sich „ins Privatleben" zurückziehen. Aber das Reich bricht zusammen, und mit dem Reich die deutsche Schiffahrt, und mit der deutschen Schiffahrt sein Lebenswerk, achtundzwanzig siegreiche Jahre ... Auswanderer, eine ganze Völkerwanderung, fünf Dollars hat er pro Kopf verdient — Zwischendecker, Kajütspassagiere, Exkursionsreisende, bankrotte Reeder, Stückgüter, Transporte, Kriege, an allen und allem hat er verdient.

Heute wird ihm die Rechnung präsentiert. Sie wird ihm von „der Galerie" präsentiert.

Einen Termin hat Ballin noch in seinem Kalender stehen, eine Sitzung des Vereins „Hamburger Reeder". Diese Sitzung sucht er noch auf. Nicht ohne Ironie empfiehlt er den Reedern, die in den Häfen liegenden Dampfer nun möglichst schnell von ihrer Marinecharter zu befreien. Nahrungsmittel von Schweden und Norwegen zu holen, sei jetzt das Notwendigste, denn je größer der Hunger in Deutschland, um so blutiger werde auch die Revolution sein.

Nach der Sitzung läßt er sich in seine Wohnung fahren.

Einige Male noch klingelt das Telephon — ein Kaufmann, ein Senator, ein Politiker wollen seinen Rat hören. Ballin bekundet kein Interesse mehr, weder für kommunale Sorgen, noch für die Geschäftslage, noch für die Politik. Man möge am nächsten Tage wieder anrufen, antwortet er.

Zwei Tabletten Veronal nimmt Ballin gewöhnlich gegen seine Schlaflosigkeit ein, heute hat er die Dosis verfünffacht. Nach den Telephonanrufen spürt er die Wirkung. Aber er will mehr als den gewöhnlichen Schlaf. Er richtet sich auf und nimmt noch einmal die doppelte Dosis wie vorher ein.

Müde fällt sein Kopf in die Kissen zurück.

Und von der gewaltigen Perspektive Ballins auf die Schlüsselstädte der fünf Meere, auf die Schiffahrtslinien seiner Gesellschaft, die wie ein Netz den Erdball umspannen, bleibt nichts weiter als ein letzter blinzelnder Blick auf das Wasserglas, das er gewissenhaft an seinen Platz zurückgestellt hat. Dann erlischt auch das in dem Glas gefangene Licht.

Ballin schläft ein. Sein Atem wird leiser, setzt in unregelmäßigen Intervallen ganz aus und schwillt röchelnd wieder an. Mit schwachen Schlägen wehrt sich sein Herz noch eine Weile gegen das Gift.

Besinnungslos wird er später im Bett aufgefunden.

Der herbeigerufene Arzt läßt Ballin in eine Privatklinik bringen. Dort wird ihm der Magen ausgepumpt, aber die Hilfe kommt zu spät. Albert Ballin, der Generaldirektor der „Hamburg-Amerika-Linie" ist tot.

Wieder wird es Tag in Hamburg, zuerst über dem Fluß.

Grau zieht das Wasser unter den Elbbrücken durch, an den Anlegestellen, an den Werften und den an Pfählen festgemachten Ozeandampfern vorbei. Auch in der Stadt wird es langsam hell, in den Hafenstraßen und den alten Wohnbaracken Altonas, in den nebeneinandergestaffelten Mietskasernen der Arbeiterquartiere: von Rauch und Nebel geschwärzte Fassaden, Reihen glotzender Fenster, offene Hauseingänge, eingesäumt von den Kolonnen der Aschteimer, die die Bewohner abends mit Unrat angefüllt auf die Straße stellen, und die sie morgens in ihre Wohnungen herauf holen. Halbangezogene Frauen in Latschen tauchen auf und verschwinden wieder in den Häusern. Die Männer mit Brotbeuteln und Kaffeekannen gehen heute nicht zur Arbeit. An den Straßenecken werden sie abgefangen, und sie sammeln sich in den Stehbierhallen.

Es wird Tag in Hamburg.

Auch Raumschuh wacht auf.

(Fortsetzung folgt.)

Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter

Von einem sozialdemokratischen Parteifunktionär

Der folgende Aufsatz und ein zweiter, den wir anschließend veröffentlichen werden, geht uns von einem sozialdemokratischen Funktionär zu. Wir veröffentlichen diese Arbeiten gern, weil sie ein wertvoller Beitrag zu der wichtigen Frage der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für den revolutionären Kampf sind. Unsere Leser werden selbst bemerken, daß die Auffassung des sozialdemokratischen Genossen, an dessen Darlegungen wir kein Wort geändert haben, nicht in allen Punkten mit unserer Meinung ganz übereinstimmt. Die Redaktion.

K. S. In einem Ihrer Aufsätze in der SAZ (vom 27. 7.) stellte bereits die Genossin Grollmuß fest, daß die zentrale Aufgabe der proletarischen Politik — insbesondere die Einheitsfrontpolitik — die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter ist, daß aber über die Möglichkeit dieser Gesinnung sowohl bei KPD- wie auch bei SAP-Arbeitern noch Unklarheiten vorherrschen. Völlig richtig erklärte sie eine Politik der Aktion als das geeignetste Mittel, sozialdemokratische Arbeiter in den Kampf zu führen. Natürlich fällt damit die Notwendigkeit der Diskussion mit diesen Arbeitern nicht fort. Muß doch gerade diese Diskussion ein Uebriges zur Herbeiführung der gemeinsamen Aktion tun.

Es ist nun schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Diskussion innerhalb der Einheitsfront sachlich und mit Einsicht betrieben werden muß, daß deshalb die unsachliche Art, in der von seiten der KPD meistens die sozialdemokratische Politik kritisiert wurde, ein entschiedenes Hindernis der Einheitsfront gewesen ist. Die Tatsache, daß es der KPD in den letzten Jahren so gut wie gar nicht gelungen ist, auf die sozialdemokratischen Arbeiter Einfluß zu gewinnen, die Tatsache, daß diese Arbeiter auch den hirnverbranntesten Parolen der SPD-Führung (Hindenburgwahl!) mit einer unerhörten, ebenso großartigen wie erschreckenden Disziplin folgten, beweist, daß die KPD-Kritik falsch gewesen sein muß.

Die KPD-Kritik war deshalb falsch, weil sie sich gar nicht bemühte, in das Bewußtsein der sozialdemokratischen Massen einzudringen. Sie war unwissenschaftlich und daher unmarxistisch. Die Bezeichnung sozialdemokratischer Führer als „Verräter", „Bluthunde", „Kapitalistenknechte" hat höchstens vermocht, die sozialdemokratischen Arbeiter (die sehr genau wissen, daß Otto Braun und Severing usw. keine dieser Bezeichnungen so ohne weiteres verdienen) nur noch enger mit diesen Führern zu verketten, aus einem Solidaritätsgefühl heraus, das von so ungehobelten Beschimpfungen abrückt.

Die Bezeichnung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führer als faschistisch — die „sozialfaschistische These" — wurde nicht nur von der SAP, sondern ja auch von Leo Trotzki mit Recht als unsinnig gekennzeichnet. Auch durch diese Argumentation wurde kein sozialdemokratischer Arbeiter gewonnen, weil sie viel zu weit vorbeigeht an dem wahren Bewußtsein der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führer, weil sie viel zu wenig ins Schwarze trifft. So einfach, wie die Kommunisten glauben, liegen die Dinge nicht. So gut sich sagen läßt, daß die objektive Wirkung der sozialdemokratischen Politik eine faschistische war — so wenig läßt sich behaupten, das Bewußtsein der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führer sei faschistisch. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen einer solchen Behauptung sofort mit Mißtrauen begegnen. Sie wissen wiederum, daß der Wille der SPD-Führer nicht darauf gerichtet war und ist, die faschistische Entwicklung zu stärken. Daß sie stets das Gegenteil wollten, daß sie also subjektiv Antifaschisten sind. In dieses antifaschistische Bewußtsein gilt es einzudringen, um es als illusionär und irreführend angreifen zu können. Es handelt sich um ein irregeleitetes demokratisches Bewußtsein, das SPD-Führer und SPD-Massen so eng verbündet. Völlig richtig ist, was die Genossin Grollmuß bemerkt: „Wir glauben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter der SPD folgen, nicht weil sie korrupt ist usw., sondern weil sie Sozialdemokraten sind. Sie lehnen zwar die Konsequenzen des Reformismus ab, sie bäumen sich auf gegen Lohnraub und Faschistenterror, aber sie haben den Reformismus als System noch nicht durchschaut, nicht überwunden. Die reformistische Ideologie lebt noch in ihnen weiter, obwohl sie den praktischen Zusammenbruch der reformistischen Politik täglich sehen und spüren."

Der entscheidende Grund dafür aber ist, daß die reformistische Ideologie von einer anderen Seite her eine Stütze erhielt, daß sie es nicht mehr allein ist, die das Bewußtsein des sozialdemokratischen Arbeiters ausmacht. Außer von reformistischen Motiven wird das sozialdemokratische Denken und Handeln auch — und nicht zum wenigsten — von rein pazifistischen und demokratischen Motiven geleitet. Die reformistische Idee des Hineinwachsens in den Sozialismus wurde bei den sozialdemokratischen Arbeitern überdeckt von der pazifistischen und demokratischen Idee des gewaltlosen, friedlichen, parlamentarischen Vormarsches. Diese Illusion ist die stärkere gegenüber der reformistischen. Wenn sozialdemokratische Führer als erhobener Stimme in den Saal schreien: „Sozialismus bedeutet Gewaltlosigkeit" oder „Kein Sozialismus ohne Demokratie", so unterschätze man nicht den Eindruck solcher Worte auf die sozialdemokratischen Massen. Das sind Argumente, denen die landläufige kommunistische Kritik sehr wenig anhaben kann. Und zwar deshalb, weil es sich hier eben nicht um so leicht angreifbare Dinge wie Verrat und Postenjägerei handelt, sondern um Ideen — die Ideen Tolstois oder andererseits liberalistische Ideen — die den SPD-Arbeitern erst als unrichtig bewiesen werden müssen, sollen sie überzeugt werden.

Und noch mehr: Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, es ist etwas Gutes an den Gedankengängen ihrer Führer, es ist richtig, daß im Ziel jeder Sozialist seinem innersten Wesen nach Demokrat und Pazifist sein muß und für die Gewaltlosigkeit im politischen Kampf. Mit einer solchen Erkenntnis sind viele Sozialdemokraten allerdings dem Revoluzzertum vieler Kommunisten und den kommunistischen Verherrlichern einer reinen Politik der Faust — um einen Schritt voraus. Den Beweis zu führen, daß wohl das sozialistische Ziel eine Demokratie sein muß, nicht aber der Weg dahin „demokratisch" gegangen werden kann, bemüht sich die KPD-Kritik gar nicht erst. Weil sie die Demokratie stets für eine Form der kapitalistischen Ausbeutung erklärt und die Begriffe bürgerliche und sozialistische Demokratie nicht auseinanderhalten kann. Während die SPD das demokratische Ziel mit dem Weg verwechselt, verwechseln die KPDer den gewaltsamen, den Weg der Diktatur des Proletariats, mit dem Ziel. So gelingt es aber der KPD nicht, in das sozialdemokratische Bewußtsein einzudringen. Viel besser vermag das die SAP, die sehr deutlich den revolutionären Weg vom Ziel unterscheidet und daher auch die geeignete Lehrmeisterin der SPD-Arbeiter ist.

Also weder Arbeiterverrat noch Postenjägerei, und nicht so sehr der Reformismus, als vielmehr die falsche demokratische Ideologie bestimmen heute das sozialdemokratische Bewußtsein. Den sozialdemokratischen Irrtum bloßzulegen, ist kein Augenblick geeigneter als der jetzige, wo der Mißerfolg offensichtlich. Und, obwohl die faschistische Diktatur der SPD gar nicht die Möglichkeit bietet, ihre alte demokratische Politik fortzusetzen, so lebt sie um so mehr in der Ideologie fort und lähmt jede revolutionäre Aktivität der sozialdemokratischen Massen. Die Führung hofft — sie könnte die bisherige Politik nach dem „Abwirtschaften" des Faschismus fortsetzen. Deshalb ist die Aufklärung der SPD-Arbeiter über den sozialdemokratischen Irrtum gerade jetzt so notwendig wie nie.

Zweierlei Recht

Die Deutsche Liga für Menschenrechte veröffentlicht folgende Zusammenstellung über die bis zum 12. September gefällten Sondergerichtsurteile:

Urteile gegen Links:

177 Angeklagte.
108 Jahre 1 Monat Zuchthaus.
62 Jahre 9 Monate Gefängnis.
120 Mark Geldstrafe.
32 Freisprüche.

Urteile gegen Rechts:

88 Angeklagte.
7 Jahre Zuchthaus, 5mal lebenslängliches Zuchthaus.
13 Jahre 6½ Monate Gefängnis; 300 Mark Geldstrafe.
16 Freisprüche.

Kommentar überflüssig.

Sondergerichtsbilanz

74 Jahre gegen Links — 4 Jahre gegen Rechts

Dortmund, 20. Sept. (Eigene Meldung). In welch einseitiger Weise die Sondergerichte gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden, ergibt sich aus einer Zusammenstellung der Sondergerichtsurteile im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die am 10. August erlassene Verordnung des Reichspräsidenten, die die Einsetzung von Sondergerichten verfügte, sollte den angeblichen Zweck haben, den in Ostpreußen und Schleswig-Holstein von den Nationalsozialisten planmäßig organisierten Terrorakten Einhalt zu gebieten. Seit einem Monat sind diese Sondergerichte nunmehr in Tätigkeit. Ihre Bilanz ergibt für Rheinland und Westfalen folgendes erschreckendes Bild:

Gegen Antifaschisten wurden insgesamt 25,4 Jahre Zuchthaus und 48,4 Jahre Gefängnis verhängt.

In 24 Prozessen hatten sich insgesamt 79 Arbeiter zu verantworten, von denen 45 zur KPD und 13 zum Reichsbanner zählten, die 20 übrigen Angeklagten waren parteilos.

Den 24 Sondergerichtsverhandlungen gegen Antifaschisten stehen nur 7 Prozesse gegen Nationalsozialisten gegenüber. In diesen 7 Prozessen wurden 10 Nazis zu 4,3 Jahren Gefängnis verurteilt. Für den Mord an einem Kommunisten erhielt der Nationalsozialist Lückert vom Sondergericht in Paderborn eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 7 Monaten.

Bei all diesen Urteilen ist zu berücksichtigen, daß es sich nur um die Aburteilung von Straftaten handelt, die vor dem 10. August geschehen sind, und auf die das verschärfte Strafmaß der später erschienenen Notverordnung noch keine Anwendung findet. Diese grauenhafte Bilanz sollte jedem Arbeiter klar machen, daß der Kampf gegen die Sonderjustiz mit erhöhter Aktivität geführt werden muß.

Gegen Nazis — höchstens Gefängnisstrafen!

WTB. **Kiel**, 20. September.

In dem Prozeß wegen der Eckernförder Vorfälle am 10. Juli, in deren Verlauf das Gewerkschaftshaus in Eckernförde von Nationalsozialisten erstürmt und zwei sozialdemokratische Landarbeiter getötet wurden, wurde am Montagabend nach sechstägiger Verhandlung von dem Kieler Sondergericht das Urteil gesprochen. Wegen einfachen beziehungsweise schweren Landfriedensbruches zum Teil in Tateinheit mit Körperverletzung und Waffenmißbrauch, wurden 24 Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar: der Sattler Rohde zu 2 Jahren und der Viehtreiber Schröder zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, die übrigen 22 Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen in Höhe von 3 bis 10 Monaten, fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Wegen einiger in dem gleichen Prozeß zur Verhandlung anstehender Zusammenstöße, die sich am gleichen Tage in Eckernförde ereignet hatten, wurden 4 Angehörige der Eisernen Front zu 3 bezw. 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Von den Verurteilten wurden drei noch jugendliche Angeklagte aus der Haft entlassen und ihnen eine dreijährige Bewährungsfrist auf Grund der bestehenden Bestimmungen für das Jugendgericht, die durch die Notverordnung nicht aufgehoben wurden, gewährt. Gleichfalls wurde der Haftbefehl gegen die in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten Lübbert und Karl Schmidt aufgehoben.

Wie der Vorsitzende in der Begründung des Urteils feststellte, habe sich das Gericht bei den sich widersprechenden Zeugenaussagen kein klares Bild über die Schuld an den Zusammenstößen machen können!

•

Die Vorgänge in Eckernförde waren, in besonders eindeutiger Weise, ein gemeiner Ueberfall der Nationalsozialisten auf das dortige Gewerkschaftshaus, in dem gerade eine Landarbeitersitzung stattfand. Die Arbeiter der Eisernen Front waren an diesem Tage — auf ausdrücklichen Befehl ihrer Führung — außerhalb der Stadt. Trotz dieser klaren Sachlage hat das Gericht sechs Tage verhandelt, während bekanntlich in Prozessen gegen klassenbewußte Arbeiter nach wenigen Stunden unerhörte Zuchthausstrafen verhängt zu werden pflegen. Und dann hat das Gericht, weit hinter den auch schon milden Anträgen des Staatsanwalts zurückbleibend, ein Urteil gefällt, das nur als Hohn auf die Gerechtigkeit bezeichnet werden kann. Zwei Tote haben die Nationalsozialisten auf dem Gewissen, aber diese Taten erscheinen dem Gericht mit kurzen Gefängnisstrafen, für die zum Teil noch Bewährungsfrist bewilligt wird, hinreichend gesühnt. Wenn man dieses Urteil mit anderen Urteilen vergleicht, in denen Arbeiter für noch nicht einmal bewiesene Beteiligung an Zusammenstößen, bei denen niemandem etwas geschehen ist, 10 Jahre Zuchthaus erhalten haben, dann wird man sich über den Charakter und den Sinn dieser Sonderjustiz nicht mehr im Unklaren sein können.

Zu bemerken wäre schließlich, daß der „Völkische Beobachter" seinen Bericht über diesen Prozeß mit den Worten „Viel Lärm um Nichts" überschreibt. Zwei ermordete Arbeiter — für die Nazis ein Nichts!

Neue Zuchthaus-Urteile

Duisburg, 20. September.

WTB. In einem Prozeß des Duisburger Sondergerichts wurde gestern gegen den Arbeiter Schäfer und den Fuhrmann Siter aus Meiderich verhandelt. Die Anklage war erhoben worden wegen versuchten Totschlages, verbotenen Waffenbesitzes und Nötigung. In der Verhandlung leugnete Schäfer die Tat. Nach langer Beratung verkündete das Sondergericht in später Abendstunde das Urteil, wonach Schäfer wegen versuchten Totschlages zu drei Jahren Zuchthaus, wegen dreier Vergehen gegen das Waffengesetz zu je sechs Monaten Gefängnis, zusammengezogen zu drei Jahren acht Monaten Zuchthaus, verurteilt wurde. Gegen Siter erkannte das Gericht wegen Nötigung auf drei Monate Gefängnis.

Nach der Verkündung des Urteils rief Schäfer ein lautes „Rot Front" in den Saal, in das mehrere Personen im Zuhörerraum einstimmten. Der Richter ließ zwei der Rufer aus dem Zuhörerraum heraus verhaften und verurteilte sie zu einer dreitägigen Haftstrafe.

Immer nur gegen links

Bremen, 20. September.

CNB. Im Zusammenhang mit einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersgesinnten standen sechs der kommunistischen Partei und dem Reichsbanner angehörige Personen wegen Landfriedensbruchs vor der hiesigen Großen Strafkammer. Der Haupttäter, der auch der Rädelsführerschaft beschuldigt war, erhielt ein Jahr Gefängnis, ein zweiter Angeklagter wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, drei wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen, während gegen den sechsten Angeklagten, der zur Verhandlung nicht erschienen war, Haftbefehl erlassen wurde.

Wie polizeiliche Protokolle zustande kommen

Ein Beitrag zur Anklagetechnik gegen Arbeiter

Am 10. September fand vor der Großen Strafkammer des Landgerichts III in Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Crohne eine Verhandlung gegen Schwalm und Genossen wegen schweren Landfriedensbruches statt. Es handelte sich um angebliche Ueberfälle auf Nationalsozialisten anläßlich einer Haus- und Hofpropaganda. Die vier Angeklagten bestritten sämtlich die Schuld. Bei ihrer Vernehmung machte der Vorsitzende sie darauf aufmerksam, daß, um die Milde des Gerichts zu sichern, es doch angebracht wäre, die Schuld zuzugestehen, zumal im Vorverfahren auf der Polizei acht Nationalsozialisten sie einwandsfrei erkannt hätten und danach mit einer Verurteilung zu rechnen wäre.

Die sodann vernommenen acht Nationalsozialisten erklärten übereinstimmend, daß sie ihre Belastungen im Vorverfahren nicht in der Hauptverhandlung wiederholen können. Alle erklärten übereinstimmend, es sei ihnen rätselhaft, wie derartige polizeiliche Protokolle zustandegekommen wären und alle erklärten, daß sie niemals den Angeklagten gegenübergestellt worden seien und auch bis zum Hauptverhandlungstermin ihnen die Namen der Angeklagten nicht bekannt waren. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß sie aber doch die Namen in den polizeilichen Protokollen einzeln angegeben und auch die Angeklagten einzeln belastet hätten, erklärten alle Zeugen,

daß die polizeilichen Protokolle unmöglich richtig sein könnten und daß sie nicht verstehen könnten, wie derartige Protokolle zustande gekommen wären.

Die Staatsanwaltschaft, die doch sonst auf polizeiliche Protokolle nie etwas kommen läßt, erklärte in dem Plaidoyer ausdrücklich wörtlich:

„Bei dem Andrang auf den Polizeirevieren ist es nicht möglich, mit einer derartigen Genauigkeit Protokolle abzufassen, wie es erwünscht ist."

Der Verteidgier der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Salinger, führte aus, daß es höchst bedauerlich sei, daß die ganze Verhandlung nicht auf Wachsplatten hätte aufgenommen werden können, damit einmal mit Deutlichkeit bewiesen wird, wie polizeiliche Protokolle zustande kommen.

Er führte weiter aus, daß er sich in jedem Prozeß auf die Worte des amtierenden Staatsanwalts, gefallen am 10. September, in der Sitzung Schwalm und Genossen berufen würde, in der seitens kommunistischer Angeklagter der Einwand erhoben wurde, daß die Protokolle unzutreffend sind.

Das Gericht sprach nach kurzer Beratung sämtliche Angeklagten darunter einen dem „Stahlhelm" Nahestehenden, der zusammen mit den Kommunisten angegriffen haben sollte (!), frei.

Der Vorsitzende führte in seiner Urteilsbegründung bezüglich der polizeilichen Protokolle wörtlich folgendes aus:

„Es durfte die Polizei derartige Protokolle niemals aufnehmen. Ich werde Gelegenheit nehmen, mich wegen dieser Protokolle mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung zu setzen."

Die Protokolle enthalten äußerst schwere bestimmte Beschuldigungen, ohne daß auch nur ein Körnchen Wahrheit dabei war. Es wurden Namen hineingesetzt, ohne daß die Zeugen wußten, ob es die Angeklagten waren, mit denen sie zu tun hatten. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß fast alle Zeugen etwas anderes ausgesagt haben.

Werner Salinger, Rechtsanwalt.

(Aus der Zeitung „Der Funke", 18. 9. 32.)